

CRITICA

ZEITUNG VON DIE LINKE SDS
SOZIALISTISCH-DEMOKRATISCHER
STUDIARENDENERBAND
AUSGABE NR. 34/2025



ANTIFA! STUDIS IN DIE GEGENWEHR

Austerität, Aufrüstung, Rassismus: Die Rechtsentwicklung schreitet weiter voran, auch ohne AfD in der Regierung. **S. 2-3**

Antifaschismus

Strategien für den Kampf gegen Rechts?

S. 14-15

Wehrpflicht

Arbeitssoziologin Nicole Mayer-Ahuja im Interview

S. 7

Palästina

Birzeit Universität spendet neue Hoffnung

S. 8

INHALTSVERZEICHNIS

- S. 2-3 Wie gefährlich ist die CDU an der Macht?
- S. 4-5 Mit den Waffen des Geistes – Bildungssystem aufrüsten!
- S. 6 Grenzen für das Wachstum?
- S. 7 »Wehrpflicht ist eine Klassenfrage« – Interview mit Nicole Mayer-Ahuja
- S. 8 Rebuilding Hope – Wiederaufbau als Hoffnung
- S. 9 Neues, freies Syrien?
- S. 10-11 Antifaschistische Wissenschaften
- S. 12 Warum die Streiks im öffentlichen Dienst feministische Kämpfe sind
- S. 13 Die Linke oder Barbarei? Sozialistische Perspektiven für den Bundestag
- S. 14-15 Strategien gegen die Rechtsentwicklung
- S. 16 »Ich will ein Mandat für den Bezirk gewinnen und zur Rettung der Linken beitragen« – Interview mit Ferat Kocak
- S. 17 Die Internationale erkämpft das Menschenrecht
- S. 18 Klassenliteratur als Waffe: Der Bund proletarischer Schriftsteller
- S. 19 Berichte



**FOLGT UNS AUF
INSTAGRAM & TWITTER:**

**@ CRITICA_ZEITUNG
WWW.CRITICA-ZEITUNG.DE**

IMPRESSUM

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS
Nr. 34/2025, Kleine Alexanderstraße 28,
10178 Berlin

Redaktion: Anna de Alwis, Ari Alba Marquez,
Dorothee Dickel, Freddy, Hana Qetina, Jan Nellesen,
Kjell Tiedemann, Lena, Luca Groß, Maxi Kisters,
Nevruz Karakus, Nick Papak Amoozegar,
Oliver Schmitz, Paula, Pola Dammann,
Philipp Gravenhorst, Viki Dickel, Veronika Dinter

Layout: Pia Chwalczyk

Illustrationen: Pia Chwalczyk

Cover: Pia Chwalczyk

Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2,
17034 Neubrandenburg

ViSDP: Nathalie Steinert,
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Anzeigen und Bestellungen:

critica@linke-sds.org

www.linke-sds.org

ISSN 2751-9902

WIE GEFÄHRLICH IST DIE CDU AN DER MACHT?

Die nächste Bundesregierung wird wohl von der Union angeführt. Sie plant Steuerentlastungen für Unternehmen sowie Top-Verdiener*innen, Aufrüstung und eine rigide Migrationspolitik. Ist sie noch gefährlicher als die AfD?

Mit aller Wahrscheinlichkeit wird Deutschland die nächsten vier Jahre durch Konservative regiert. Der ehemalige Blackrock-Aufsichtsrat und CDU-Chef Friedrich Merz wird wohl Kanzler werden. Unsicher ist nur noch, mit wem die Union koalieren wird: Grünen, SPD oder beiden zusammen? Alles steht im Zeichen der Umkehrung der Ampel. Die schlechteste Regierung jemals – wie Politiker*innen gewillt sind, über jede letzte Regierung zu behaupten – habe so viel versäumt, dass die nächste Koalition einiges retten müsse.

Auch trotz Merz' Vorstoß, Stimmen der AfD für eine Asylrechtsverschärfung in Kauf zu nehmen, scheint es aktuell unrealistisch, dass die CDU die Ruinen der Brandmauer vollständig überschreitet und mit ihr koaliert. Mit der Ausnahme einiger weniger (prominent: Elon Musk) hat die AfD in den Chefetagen der Wirtschaft bisher wenig Rückhalt. Über die Vorhaben, die eine neofaschistische AfD an der Regierung vorhat, wissen spätestens seit der Protestwelle Anfang 2024 fast alle Bescheid und lehnen diese weitgehend ab. Aber gleichzeitig braucht es die AfD nicht einmal in Regierungsbeteiligung, um Abschiebungen, Aufrüstung und den Abbau sozialer sowie demokratischer Errungenschaften durchzusetzen. Das alles hat die liberale Ampel-Regierung seit 2021 ganz allein verantwortet. Da

kommt nun die Frage: Wie viel gefährlicher wäre ein Kanzler Merz?

Die nächste Agenda

Friedrich Merz hat mit seiner Agenda 2030 ein Programm vorgelegt, in dem die Pläne einer kommenden CDU-Regierung ausbuchstabiert werden. Sie beziehen sich dabei positiv auf die Agenda 2010, die Gerhard Schröder Anfang der 2000er durchgesetzt hatte. Sie führte zum Bruch in der SPD und dem Entstehen der Linkspartei, weil sie als neoliberale Reform viele der erkämpften sozialstaatlichen Errungenschaften wieder abzuschaffen drohte. Die jetzt geplante Agenda 2030 zielt in eine ähnliche Richtung: Eine Steuerreform zugunsten der Spitzenverdiener*innen sowie Unternehmen, Liberalisierung des Arbeitsrechts zu Ungunsten der arbeitenden Klasse und eine Abschaffung des Bürgergelds.

Merz fällt auch in anderen Fragen mit reaktionärem, militaristischen Getue auf. Er kündigte noch im Dezember an, Deutschland militärisch wieder zu einer »führenden Mittelmacht« zu machen. Dafür soll die Wehrpflicht wieder eingeführt werden und 80 statt 50 Milliarden Euro für das Verteidigungsministerium bereitgestellt werden. Der CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter geht noch weiter und forderte bereits letztes Jahr: »Der Krieg

muss nach Russland getragen werden. Russische Militäreinrichtungen und Hauptquartiere müssen zerstört werden.« Zum Thema Migration schlägt Merz vor, straffällig gewordenen Personen mit zwei Pässen die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen und Syrer*innen seit dem Sturz von Assad massenweise in das von einer teils islamistischen Übergangsregierung regierte Land abzuschieben. Unrühmlich ist Merz auch immer noch dafür bekannt, dass er vor seiner Blackrock-Karriere, als Abgeordneter des Bundestags gegen die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe gestimmt hatte.

All seine Forderungen – das ist keine neue Beobachtung – sind Tendenzen, die schon immer in der CDU Anklang fanden, aber vor allem von der AfD offensiv gefordert werden. Nicht zuletzt deshalb ist die AfD aktuell eine Gefahr, die gestoppt werden muss. In der jüngeren Vergangenheit ist es aber immer mehr eine Sache von Monaten oder gar Wochen geworden, bis AfD-Positionen von CDU und anderen Parteien der selbsternannten »demokratischen Mitte« übernommen werden.

**Only Nixon could go to
China - only Merz could...**

Das Sprichwort *Only Nixon could go to China* beschreibt den Umstand, dass



alle erdenklichen US-Präsidenten mit einem Besuch in China in den 1970ern, ihre Kreditabilität verloren hätten, da sie dort mit Mao Zedong und der Kommunistischen Partei Chinas, also einem System-Rivalen, sprechen würden. Nicht aber Richard Nixon. Der konservative US-Präsident – der später die Revolutionärin und Philosophin Angela Davis zur Staatsfeindin machen würde – war dafür bekannt, ein so überzeugter Antikommunist zu sein, dass er dem kommunistischen Revolutionär lächelnd die Hand schütteln konnte.

Die BRD ist 2025 nicht in dieser Situation. Vielmehr zeigen Vorgänge, wie der China-Besuch von Nixon, dass die Herrschaft in einer Demokratie über manchmal aus arbiträren Gründen von unterschiedlichen Akteuren durchgesetzt wird. Genauso fällt es einem Kanzler Merz, einer Koalition der »demokratischen Mitte«, womöglich *leichter*, die Demokratie weiter zu schleifen, den Sozialstaat und das Asylrecht weiter auszuhöhlen und die »Kriegsertüchtigung« voranzutreiben. Vor allem dann, wenn die AfD die mit Abstand größte Opposition im Parlament darstellt. Deutlich machte diesen Effekt zuletzt die CDU-Spitzenkandidatin Julia Klöckner in einem mittlerweile wieder gelöschten Post. »Für das, was Ihr wollt, müsst Ihr nicht AfD wählen. Dafür gibt es eine demokratische Alternative: die CDU.«

Illusionen über die Demokratie

Um auf die ursprüngliche Frage zurückzukommen: Die CDU ist an sich nicht gefährlicher als die AfD. Das wäre eine Position, die den Charakter der AfD als Speerspitze des deutschen Militarismus und Nationalchauvinismus verkennt. Die AfD entwickelte sich mehr und mehr zu einer faschistischen Partei, die jene Freiheiten, die sich die fortschrittlichen Kräfte über das letzte Jahrhundert erkämpft haben, wieder zurückbauen will. Ihre engen Verflechtungen mit der militanten Neonazi-Szene sind bedrohlich. Auch in Europa gilt die AfD als rechter Teil der neofaschistischen Parteien und wird sogar vom französischen »Rassemblement National« nicht mehr als offizieller Bündnispartner betrachtet. Ihr Wahlslogan »Alice für Deutschland« und die Verwendung der Remigrations-Rhetorik des Höcke-Flügels lassen keine andere Deutung zu, als dass die AfD die aktuell schlimmste Gefahr für emanzipatorische Kräfte in Deutschland ist.

Aber: Um die politische Lage zu analysieren und politische Gegner zu charakterisieren, muss der Blick mehrdimensionaler sein, als nur die größte Gefahr auszumachen. Eine Koalition der »demokratischen Mitte« unter

Kanzler Merz und eine AfD-dominierte Opposition ist eine brandgefährliche Konstellation für Frieden und Sozialstaat, die nicht unterschätzt werden sollte. Beim Versuch, den Hauptfeind auszumachen, der die größte Gefahr für die Demokratie, den Sozialstaat oder marginalisierte Gruppen darstellt, und diesen am härtesten zu bekämpfen, wird die grundsätzliche Herrschaftsdynamik innerhalb von Demokratien verkannt. Die neoliberale Bewältigung von Krisen, die Aufrüstung, strengere Migrationsregulierungen werden zum nationalen Anliegen erklärt und als dieses angegangen. Nicht als »Durchregieren« einzelner, sondern in einem Zusammenspiel mehrerer politischer Akteure: Die radikalen Rechten, die weitgehende Maßnahmen fordern; Konservative, die dieselben Ideen Monate später wieder ins Gespräch bringen; Linksliberale, die sich zunächst schockiert zeigen, aber dann vermeintliche Sachzwänge finden, die sie letztlich dazu bringen, die Maßnahmen zu tolerieren (oder selbst zu fordern).

In einem solchen Zusammenspiel vollzieht sich der aktuelle autoritäre Umbau, die Sozialstaatskürzungen, die Verschärfungen der Migrationspolitik, die massive Aufrüstung und auch der aktuelle Wahlkampf. Die unzähligen Kanzlerkandidat*innen überbieten sich darin, wer das NATO-Aufrüstungsziel

weiter übersteigen kann. Jede*r hat eine Idee, wie man den Geflüchteten das Leben noch mehr zur Hölle machen kann. Die gefährlichsten reaktionären Forderungen denkt sich kein Björn Höcke einfach aus und zwingt sie dann der Gesellschaft auf. Sie entstehen in der aktuellen tiefen Krise, dem Absterben der vorherrschenden Weltordnung, in der die sozialen und demokratischen Zugeständnisse an die arbeitende Klasse und andere fortschrittliche Kräfte gestrichen werden, um die Herrschaft weiter und zunehmend auch mit roher Gewalt zu sichern. Wenn wir dagegen ankommen wollen, vor allem über die Wahl hinaus, braucht es offensive Gegenentwürfe für eine andere Gesellschaft. Gegen wen wir kämpfen, zeigt sich dann im Kampf für eine andere Welt. Mit den Beiträgen in dieser Ausgabe wollen wir den Weg dorthin diskutieren. ★

MAXI (23) studiert Philosophie in Düsseldorf und ist Mitglied im Bundesvorstand des SDS. Auf den nächsten Kanzler freut er sich nicht, egal wer es wird.



MIT DEN WAFFEN DES GEISTES – BILDUNGSSYSTEM AUFRÜSTEN!

Studierende kämpfen mit Armut, während Universitäten unter neoliberaler Umstrukturierung leiden. Um die Unis aber zu Orten kritischen Denkens und gesellschaftlicher Veränderung zu machen, könnten ein BAföG für Alle und die Ausfinanzierung der Hochschulen weiterhelfen. Dafür müssen wir kämpfen!

BAföG als sozialstaatliche, umfassende Studienförderung ist ein erkämpfter gesamtgesellschaftlicher sozialer Fortschritt, weil es zu einer sozialen Öffnung der Wissenschaft beigetragen hat. 1971 noch als Vollzuschuss eingeführt, wurde es seitdem vielfach zurechtgestutzt. Mittlerweile ist es ein Teildarlehen, es gibt eine Förderungshöchstdauer gekoppelt an die Regelstudienzeit und weitere Einschränkungen. Der aktuellen Lage der Studierenden trägt das keine Rechnung: 77 % der Studierenden, die nicht im Elternhaus wohnen, leben trotz Nebenjobs unter der Armutsgrenze (vgl. in der Gesamtbevölkerung: 14%). Der Anteil der BAföG-geförderten Studierenden ist von ursprünglich 44% (1971) auf 11% (2022) gesunken. Gegen den viel zu niedrigen BAföG-Satz klagten Studierende bereits. Doch der kürzliche Beschluss des Bundesverfassungsgerichts legt offen, was sich hinter der »zu verteidigenden« und »hochgepriesenen« liberalen Demokratie verbirgt. Dort wird festgestellt, dass das Recht auf Bildung (Art. 12 GG) nicht vor gesellschaftlichen Ungleichheiten schützen. Arme Studierende hätten deshalb keinen Anspruch auf eine bedarfsdeckende sozialstaatliche Förderung. Ebenso sei bei einem möglichen Studienabbruch aufgrund

finanzieller Not die Menschenwürde nicht verletzt, denn die Studierenden könnten auch arbeiten gehen. Dass das Studium aber selbst gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, wird dabei völlig verdreht: Ein sozial sinnvolles Studium wird unmöglich, wenn die Studierenden ihren eigentlichen Arbeitsplatz im Hörsaal verlassen müssen, um andernorts für Mindestlohn schufteten zu gehen.

»Der Student ist ein geistiger Arbeiter«, schreibt der französische Studierendenverband UNEF in seiner 1946 verabschiedeten »Charta de Grenoble«. Dadurch begründet entstand auch die Forderung der Studierendenbewegung nach einem Studienhonorar. Von eigener geistiger Arbeit merken Studierende heute nicht mehr viel. Module, Prüfungen, Anwesenheitspflicht und Regelstudienzeit engen den Rahmen des Studiums stark ein und fördern »Bulimie-Lernen«. Es geht um »employability«, also die ökonomische Verwertbarkeit des Studiums und der dadurch gewonnenen Bildungsabschlüsse. Die Frage, wie Wissenschaft einen sinnvollen, kritischen Beitrag zu den drängenden gesellschaftlichen Krisen dieser Zeit leisten kann, wird an der Hochschule kaum verhandelt.

Wer kauft die Uni?

Im Gegenteil: Eines der zentralen Ziele des Bologna-Prozesses der 1990er und 2000er, in dem Hochschulen europaweit neoliberal umstrukturiert wurden, war, Forschung und Lehre für die europäische Wirtschaft nutzbar zu machen. In diesem Kontext wurde die verlässliche staatliche Grundfinanzierung für Universitäten rapide gekürzt und durch Drittmittel ersetzt, um die Forschende konkurrieren müssen. So machte die Grundfinanzierung 2001 noch etwa 90%, heute nur noch gut die Hälfte der Forschungsfinanzierung aus. Wissenschaftsfreiheit ist somit nur noch theoretisch eine Freiheit des Denkens. Praktisch verkommt sie zur Freiheit, sich an die Meistbietenden zu verkaufen – ob das nun der Staat mit Exzellenzinitiativen, die Bundeswehr, oder Konzerne sind. Wo kein direkter Einfluss auf die Forschung genommen wird, gibt es Druck Inhalte auszulassen: Welche Wissenschaftende wird ohne jede Selbstzensur antikapitalistische Lösungen in ihrer Forschung unterbringen, wenn sie auf Forschungsgelder der Johanna-Quandt-Stiftung angewiesen ist? Wer würde sich sorgenfrei statt den meistzitierten Quellen auf innovative, kritische Ansätze berufen, wenn jede

Forschende weiß, dass ein gewisser Anschluss an den aktuellen Mainstream deutlich wahrscheinlicher in der Auswahl für ein Drittmittelprojekt endet?

Im Zuge der immer weiter voranschreitenden Kürzungen und bayerischen Vorstößen, Universitäten zur Kooperation mit der finanziell aufgerüsteten Bundeswehr zu zwingen stellt sich die Frage: Wie reißen wir das Ruder rum und erkämpfen stattdessen Wissenschaftsfreiheit durch eine öffentliche Ausfinanzierung der Hochschulen?

Als Studierende für unsere Klasse kämpfen

68 und die Bildungsproteste um 2009 zeigen: Studierende können entscheidenden Einfluss auf Bildungswesen und Gesellschaft nehmen. Die Probleme, die wir als Studierende jeden Tag spüren, müssen dafür in ihren Kontext eingeordnet werden: Mangelnde Sozialausgaben für BAföG, bezahlbaren Wohnraum und Mensaessen sind eng mit der Militarisierung verbunden. Statt in lebendige Zukunft wird in den Tod investiert – Waffensysteme statt breiter und qualitativer Bildung und Forschung. Inwieweit Studierende,



Lehrende und Forschende Ressourcen haben, sich zu organisieren, kritisch zu denken und gesellschaftlich relevante Wissenschaft zu produzieren, hängt von der Finanzierung des Bildungswesens ab. Gerade als zumindest formal demokratisch verfasste Institutionen hätten Universitäten das Potential, Bildungsorte zu sein, in denen wir lernen, selbstbestimmt und verantwortungsvoll zu denken.

Der erste Schritt zur Organisation ist das Bewusstsein über diese Zusammenhänge. Aus diesem Grund müssen wir an unserem Lebensmittelpunkt, der Universität, aktiv und präsent sein. Das bedeutet: Am Campus regelmäßig sichtbar sein und Gespräche führen, das Potential von Wissenschaft durch Veranstaltungen zu aktuellen Themen erlebbar machen und so auch Lehrkräfte einbeziehen. Auch die Gremienarbeit gehört dazu. Diese darf aber nicht als Repräsentation der Studierendenschaft verstanden werden. Der Fokus muss auf Gremien wie Fachschaften oder Vollversammlungen liegen, in denen sich alle Studierenden direkt beteiligen können. Der Aufbau einer solchen Studierendenbewegung ist unsere Verantwortung. Denn »Wissenschaft als produktive Kraft« kann

»auch zur demokratischen Veränderung der Gesellschaft, zur bewussten Förderung des sozialen Fortschritts genutzt werden«, wie einst der DGB-Vorsitzende Vetter formulierte. Statt Legitimation für den Kapitalismus kann aus Unis auch Klassenbewusstsein kommen. Eine intellektuelle Revolution ist notwendig, um eine materielle Revolution zu erringen. Das erkannten bereits Denker wie Georg Lukács und Antonio Gramsci. Nehmen wir unsere Rolle als Studierende ernst und sorgen dafür! ★



LENA ist langjährige BAföG-Empfängerin. Sie studiert Erziehungswissenschaft, Slavistik und Germanistik in Mainz. **KJELL** ist froh sich für sein Studium der Soziologie und PoWi in Frankfurt a.M. Zeit genommen zu haben, könnte aber langsam BAföG für Alle gebrauchen, um in Ruhe eine wissenschaftlich gute und gesellschaftlich relevante Bachelorarbeit zu schreiben.

ANZEIGE

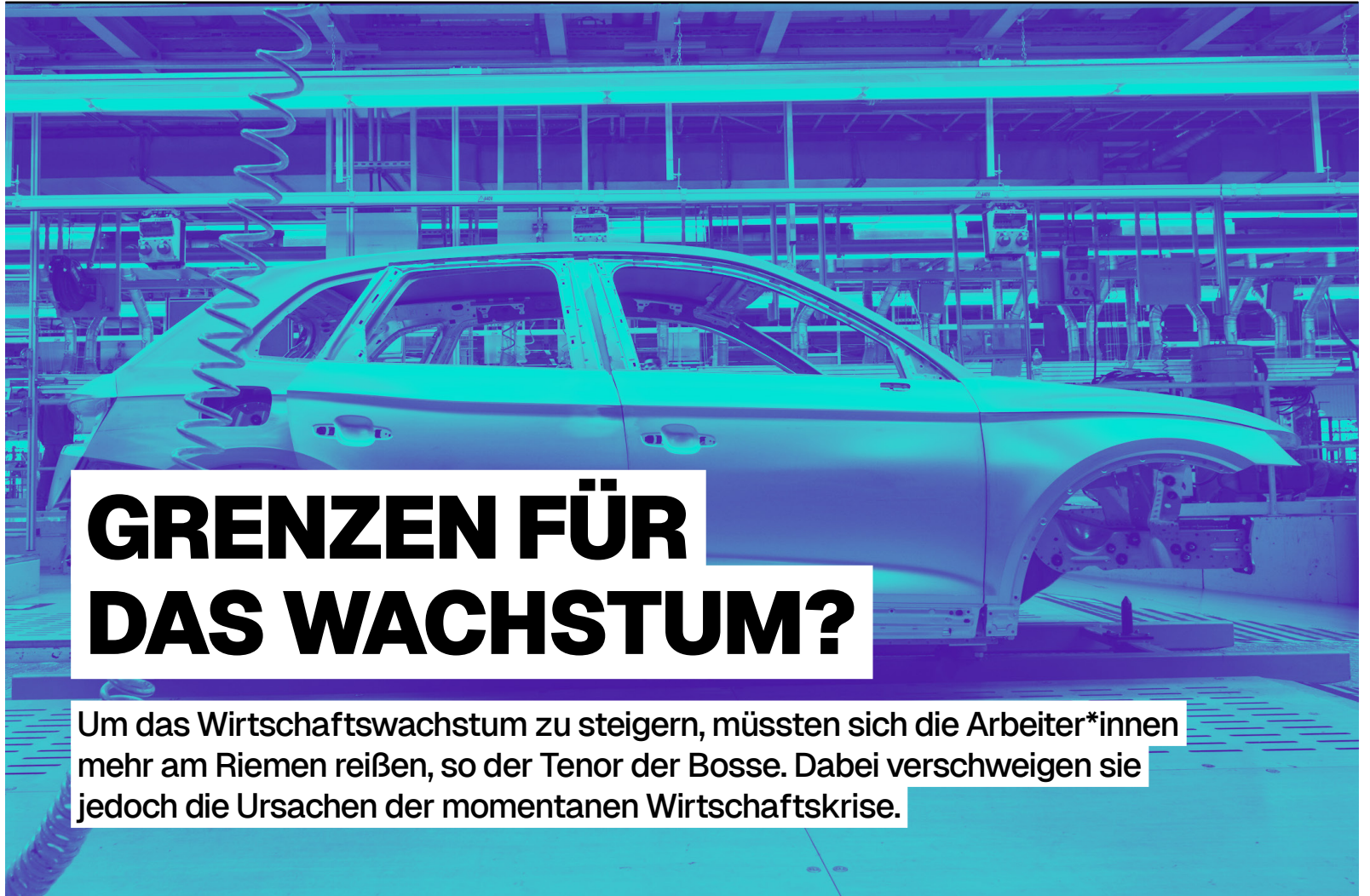
Wir legen uns mit den Reichen an.

Macht ja sonst keiner.

Zweitstimme

www.die-linke.de

Die Linke



GRENZEN FÜR DAS WACHSTUM?

Um das Wirtschaftswachstum zu steigern, müssten sich die Arbeiter*innen mehr am Riemen reißen, so der Tenor der Bosse. Dabei verschweigen sie jedoch die Ursachen der momentanen Wirtschaftskrise.

Beim Blick in die Zeitung könnte man denken, dass die Uhr um 20 Jahre zurückgedreht wurde. Genau das denken Ökonom*innen beim Blick auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das zum ersten Mal seit Anfang der 2000er zwei Jahre in Folge geschrumpft ist. Die damals regierende rotgrüne Koalition reagierte mit einem einschneidenden Sozialabbau. Einige der Maßnahmen wurden zwar später abgeschwächt, aber nie ganz zurückgenommen. Ein ähnlicher Kahlschlag ist jetzt wieder beabsichtigt, so wie sich die die Anwärter auf die Post-Ampelregierung mit Einschnitten zu überbieten versuchen. Diese gehen jedoch an den Ursachen des jetzigen Tiefs vorbei.

Um diese zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf die Zeit nach der Wiedervereinigung und vor der Agenda 2010. Berauscht vom Sieg im Kalten Krieg machten sich westliche Unternehmen auf, die neuen Märkte zu erschließen und in eine neoliberale Weltordnung unter US-amerikanischer Führung zu integrieren. Die deutsche Wirtschaft hat enorm davon profitiert. Sie konnte ihre Produkte, in alle Welt exportieren und wurde damit weniger abhängig von der Nachfrage im Westen. Dazu hat sie mit dem Verweis auf geringere Lohnkosten anderswo, zuhause einen gigantischen Niedriglohnsektor geschaffen, der die soziale Ungleichheit massiv verschärfte.

EU verliert den Anschluss

Ein anderer Profiteur ist China. In den letzten 20 Jahren hat sich dessen BIP verzehnfacht. 2010 ist die Volksrepublik zur größten Volkswirtschaft hinter den USA aufgestiegen, die sich dadurch bedroht sehen. Deswegen betreiben beide Länder eine aggressive Standortpolitik um wichtige Industrien, wie die für Halbleiter, an sich zu binden. Laut dem ehemaligen italienischen Premierminister Mario Draghi verliert die EU hierbei durch den Abbau des Freihandels, gestiegene Energiepreise sowie geringe Investitionen den Anschluss. Mittlerweile müsste man rund 750 Milliarden Euro investieren, um den Rückgang wieder aufzuholen.

Sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Krise haben sich in den letzten fünf Jahren verschärft: Die Coronapandemie hat nicht nur die Produktion behindert, sondern auch Lieferketten gestört. Als sie sich entspannte, eskalierte 2022 der Krieg in der Ukraine. Die darauffolgende Sanktionierung der billigen russischen Energie machten sich Konzerne zunutze, um die Preise dauerhaft anzuheben.

Unterdessen zeigen sich immer deutlicher die selbstzerstörerischen Auswirkungen des Kapitalismus: Während Waldbrände und Sturmfluten zunehmen, wurde bereits 2024 die 1,5-Grad-Grenze überschritten. Die

bevorstehenden Fluchtbewegungen und Rohstoffknappheit werden wohl zu einem härteren Umgang der Regierungen mit den Arbeiter*innen führen, sei es in der Werkhalle oder an der Front.

Wachsen auf den Rücken der Arbeiter*innen

Dabei haben die Folgen der Coronapandemie und die seit 2022 betriebene Kriegspolitik der Reallohnentwicklung schon genug zugesetzt. Seit zwei Jahren steigen die Löhne zwar wieder leicht, jedoch ohne dabei die Verluste der vorigen Krisenjahre kompensieren zu können. Der Zusammenhang zwischen verringertem Konsumniveau und staatlicher Kürzungspolitik führt zu einem noch geringeren Lebensstandard. Das dient der Prekarisierung und Disziplinierung der Bevölkerung. So wundert es kaum, dass die Herrschenden immer deutlicher über Repressionen für die Arbeiter*innen reden: Einschränkung des Streikrechts, Abschaffung der telefonischen Krankschreibung sowie einiger Feiertage und die Aushebelung von Lieferkettengesetzen. Der stattfindende autoritär-militaristische Umbau der Gesellschaft hat die Mobilisierung der breiten Bevölkerung für deutsche Kapitalinteressen zum Ziel. Sie wird als gehorsames Humankapital und Kanonenfutter gebraucht.

Weder die Beseitigung von Regulierungen noch eine Umverteilung aus der öffentlichen Hand in die Industrie werden diese Krise lösen. Denn wie schon vor 20 Jahren wird das Wachstum mit einer Prekarisierung weiter Bevölkerungsteile und unverschämter Ausbeutung anderer Länder sowie der Natur erkaufte, was den Aufstieg der AfD und die neue Blockkonfrontation herbeigeführt hat. Deshalb müssen wir der Wachstums- und Konkurrenzlogik deutlich widersprechen, um Verarmung und Militarisierung entgegenzutreten. Wir müssen für eine Demokratisierung der Wirtschaft und eine damit einhergehende Stärkung von Arbeiter*innenrechten kämpfen. Arbeitskämpfe dürfen sich nicht auf Tarifpolitik verengen, sondern müssen eine grundlegend andere Welt zum Ziel haben: Für eine Gemeinwohlorientierung, die Rücksicht auf Natur, Tier und Mensch nimmt und sich der internationalen Solidarität verschreibt. Denn wenn wir uns jetzt nicht wehren, müssen wir uns in 20 Jahren mit schlimmeren Angriffen befassen. ★

PHILIPP studiert in Bremen Soziologie und Kommunikations- und Medienwissenschaft. Seine Antwort auf die Krise lautet Sozialismus.



»WEHRPFLICHT IST EINE KLASSENFRAGE«

Die Göttinger Arbeitssoziologin Nicole Mayer-Ahuja zu den Gründen für die Wiedereinführung des Wehrdiensts, den potenziellen Auswirkungen auf bestimmte Klassenfraktionen und mögliche Widerstandsstrategien.

Bafög für Alle statt Wehrdienst:
bedarfsdeckend | elternunabhängig | herkunftsunabhängig
rückzahlungsfrei und als Vollzuschuss
für alle Schüler*innen, Auszubildende und Studierende

Während der Corona-Pandemie hat die (bürgerliche) Öffentlichkeit entdeckt, dass manche Berufe »systemrelevant« sind. Ist der Wehrdienst jetzt auch »systemrelevant«?

Selbstverständlich! »Systemrelevant« ist, was (kapitalistische) Wirtschaft, Gesellschaft und Politik am Laufen hält. Das Militär gehört eindeutig dazu. Selbst knallharte Liberale, die sonst nichts mit staatlicher Politik zu tun haben wollen, würden das nicht bestreiten. Die Rüstungsindustrie sichert Arbeitsplätze, die Bundeswehr verteidigt »deutsche Interessen«, notfalls auch am Hindukusch, wie Verteidigungsminister Peter Struck 2002 sagte. Allerdings schien man ein paar Jahre lang vor allem Berufssoldaten zu brauchen, weil die Bundeswehr im Zuge der veränderten geopolitischen Rolle von Deutschland und der EU neue Aufgaben übernehmen sollte. Wehrpflichtige kann man eben schlecht in den Krieg schicken.

Der Bund verspricht mit dem neuen Wehrdienst-Modell »zunächst« auf Freiwilligkeit zu setzen. Wie frei ist die Entscheidung der jungen Leute wirklich?

Schwer zu sagen. Wenn die derzeitige Logik massiver Aufrüstung fortwirkt, kann es mit der Freiwilligkeit schnell vorbei sein. Hintergrund des Expe-

rimentierens mit einer neuen Wehrpflicht ist ja, dass man deutlich mehr junge Leute braucht, um jene »Landesverteidigung« zu übernehmen, die laut Grundgesetz Aufgabe der Bundeswehr ist – eine sinnvolle Beschränkung übrigens, nachdem Deutschland zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen hat. Die Berufsarmee soll sich offenbar anderen Aufgaben zuwenden. Welchen, das ist eine hochinteressante Frage. Waffendienst in der Ukraine oder in Russland etwa, gerade mal achtzig Jahre nach dem Ende des Vernichtungskriegs der deutschen Wehrmacht in Osteuropa?

Welchen Einfluss hat die sich stetig verschlechternde soziale Lage der Jugend auf die Attraktivität des Militärs als Arbeitgeber?

»Die Jugend« gibt es nicht. Aber ich kann mir durchaus vorstellen, dass gerade junge Leute aus Arbeiter*innenfamilien, die angesichts der jüngsten Welle von Arbeitsplatzabbau zum Beispiel in der Stahl- oder Automobilindustrie immer weniger Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben, der einen dauerhaften Job und ein existenzsicherndes Einkommen verspricht, künftig ernsthafter über eine Laufbahn als Soldat*in nachdenken. In den USA kann man das gut beobachten: Wer sich beim Militär aus Mangel an Alternativen zum Kriegsdienst ausbilden lassen und im Ernstfall »für das

Vaterland« töten oder auch sterben muss, ist nicht zuletzt eine Klassenfrage.

Welchen (sozial-)psychologischen Einfluss hat der Wehrdienst auf die jungen Leute, die beim Bund »ihrem Land dienen« wollen oder müssen?

Arbeit beim Militär hat besondere Eigenarten. Die Arbeitswelt ist ja insgesamt kein demokratischer Raum – in Unternehmen entscheidet nicht die Mehrheit, sondern das Management, was passiert. Beim Militär spielen Befehl und Gehorsam allerdings eine besonders große Rolle. Angesichts der gereizten Diskussionen über eine junge Generation, die angeblich keine Lust mehr hat, sich durch »Arbeit ohne Ende« kaputtzumachen, mag die Wehrpflicht manchen als willkommenes Disziplinierungsprogramm erscheinen. Aber wieder gilt: diese »Schule fürs (harte Arbeits-)Leben« wird nur manche Jugendlichen treffen, viele davon vermutlich mit migrantischem oder ostdeutschem Hintergrund.

Wie kann sich die Jugend gegen die Militarisierung wehren? Und welche politischen Alternativen gibt es?

Gerade junge Menschen brauchen Perspektiven – und die sind derzeit nicht rosig. Aber gerade sie können relativ frei darüber nachdenken, wie

eine andere Welt aussehen könnte. Vielleicht ist die Diskussion über eine neue Wehrpflicht ein guter Anlass, grundsätzliche Fragen zu stellen: In wessen Interesse sind Aufrüstung und Kriege – wer verdient daran, wer zahlt die Zeche dafür? Was muss man tun, mit wem und gegen wen muss man streiten – für gute und gesellschaftlich nützliche Arbeit in Würde und in Sicherheit, für Frieden und (internationale) Solidarität?

Das Interview führte Luca Groß vom SDS Frankfurt am Main



NICOLE MAYER-AHUJA ist Professorin für Arbeitssoziologie an der Uni Göttingen. Sie beschäftigt sich mit Arbeit in der Klassengesellschaft: mit denen, die sie leisten, denen, die sie sich aneignen, und den Konflikten, die sich aus diesem Verhältnis ergeben.

REBUILDING HOPE - WIEDERAUFBAU ALS HOFFNUNG

Nach fast 480 Tagen fortwährender genozidaler Zerstörung im Gazastreifen rückt der Wiederaufbau in den Fokus. Bildung steht dabei für Hoffnung – sie vermittelt nicht nur Wissen, sondern auch Widerstandskraft und Identität.

Rund 90.000 Studierende im Gazastreifen haben keinen Zugang mehr zur Hochschulbildung. Die gezielte Zerstörung des Bildungswesens („Scholasticide“) bedroht die Grundlage zivilen Lebens in Palästina. Doch bereits vor dem Krieg waren Angriffe auf Schulen und Universitäten Teil einer Strategie, die den Aufbau einer Zivilgesellschaft untergraben sollte.

Die Politökonomin Sarah M. Roy prägte den Begriff „De-Development“, um die von israelischer Seite forcierte Unterentwicklung Palästinas zu beschreiben. Diese Strategie, die den Palästinenser*innen systematisch Ressourcen entzieht, ist nicht erst seit 2023 als eine Form genozidaler Gewalt einzuordnen. Insbesondere die Zerstörung von Bildung hemmt die gesellschaftliche Entwicklung und gefährdet nachhaltig die nationale Identitätsbildung.

Widerstand durch Bildung

Seit der israelischen Besetzung war das Bildungssystem in Palästina zerteilt. In der Westbank orientierte es sich an jordanischen Lehrplänen, während im Gazastreifen ägyptische Richtlinien galten. Palästinensische Geschichte spielte kaum eine Rolle, was die nationale Identitätsbildung ebenfalls erschwerte. Nach 1967 wurde das Bildungssystem unter israelische Militärkontrolle gestellt. Zensur und Verbote prägten diese Zeit, während Lehrerstreiks den Kampf der Palästinenser*innen für Bildung zeigten. Mit der Ersten Intifada (1987–1994) verschärfte sich die Repression. Mehr als 310.000 Schülerinnen und Schüler waren von Schulschließungen betroffen, alternative Bildungswege wie Hausunterricht unterlagen Verfolgung durch das Militär. Universitäten und Schulen wurden zu Zielen direkter Gewalt. Nach dem Oslo-II-Abkommen gab es

zwar Fortschritte, doch die Al-Aqsa-Intifada (2000–2005) brachte neue, brutale Angriffe. Insgesamt wurden über 2.500 Kinder inhaftiert, 567 Kinder und 32 Lehrer verloren ihr Leben.

Hochschulbildung in Gaza: Ein System unter Beschuss

Trotz widrigster Umstände konnte sich die Hochschulbildung im Gazastreifen entwickeln. Gab es 1994 nur vier Institute, wuchs deren Zahl bis 2017 auf 28 an. Doch Fortschritt und Stabilität wurden immer wieder durch Gewalt unterbrochen. Die Islamische Universität in Gaza wurde 2008, 2014 und 2023 bombardiert. Am 10. Oktober 2023 zerstörte die israelische Armee den Campus in Gaza-Stadt und den benachbarten Campus der Al-Azhar-Universität vollständig. Die Angriffe forderten auch zahlreiche Menschenleben: Der Präsident der Islamischen Universität und renommierte Physiker Prof. Sufian Abu Tayeh, zwei Fakultätsdekane sowie zahlreiche Studierende wurden gezielt getötet.

Ein Schlüssel für den Wiederaufbau der Bildung ist die Initiative „Rebuilding Hope“ der geschichtsträchtigen Birzeit-Universität. Als Symbol des Widerstands hat sie eine besondere Bedeutung: 1972 wurde sie gegründet, als erste arabische Universität in Palästina. Seitdem gab es insgesamt 15 Schließungen, wobei die letzte und längste 1571 Tage anhielt (über 4 Jahre).

Aufbau von Hoffnung

Die Initiative zielt darauf ab, das Bildungssystem in Gaza durch den Ausbau der Infrastruktur, personelle Unterstützung und internationale Zusammenarbeit wiederaufzubauen.

Aber wie könnte der Wiederaufbau konkret gestaltet werden? Orientierung bietet eine im Juli 2024 veröffentlichte Studie von Dr. Ibrahim Rabaia und Dr. Lourdes Habash. Sie kategorisiert den Zerstörungsgrad des Hochschulsystems, analysiert zentrale Herausforderungen und beleuchtet mögliche Unterstützungsansätze, darunter die Arbeit der Birzeit-Universität.

Die Datenerhebung umfasste Interviews mit 18 Fachleuten sowie Vor-Ort-Besuche, geleitet von Amin Abed und Sari Qa'ud. Dabei wurden Schäden an Universitäten dokumentiert, ebenso wie der Verlust von Menschenleben und die Zerstörung von Campi und Archiven. Diese Daten sind hinsichtlich des aktuellen Zerstörungsgrades bereits überholt: Inzwischen sind mehr als 80 % der Schulen und Universitäten laut UN beschädigt oder zerstört, darunter alle Universitäten (51 komplett, 57 teilweise). NGOs melden 5.213 getötete und 8.691 verletzte Studierende sowie den Tod von drei Universitätspräsidenten und 95 Dekanen. Über 60 % der Buchhandlungen und Bibliotheken wurden zerstört. Dieser Vernichtungsgrad erfordert mehrgleisige Ansätze und Perspektiven für den Wiederaufbau.

Zentrale Vorschläge umfassen mobile akademische Inkubatoren für E-Learning, Studierendenprogramme zur Wissensweitergabe, Archivierungsprojekte, Simulation Labs und eine digitale Plattform für akademische Dienste. Studierende in Gaza setzen seit Beginn des Genozids auf Remote-Learning, oft per Handy. Es gibt Aufnahmen von Master-Verteidigungen und Online-Unterricht, berichtet Dr. Ala Alazeh von der Birzeit-Universität. Darüber hinaus schlägt die Studie vor, mittels eines Hilfsfonds Ressourcen zu sichern, während internationale Kooperationen Gaza mit der globalen Wissenschaftsgemeinschaft vernetzen.

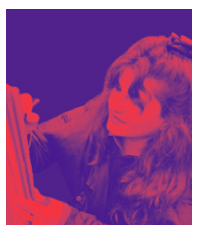
Die Studie hebt auch wesentliche Hindernisse hervor, darunter psychische Belastungen durch Kriegserfahrungen und Trauer um Verluste. Im Vordergrund stehen akut die Priorität existenzieller Grundbedürfnisse wie Trinkwasser und Nahrung sowie damit verbundene technologische Herausforderungen des Wiederaufbaus.

Kein Aufgeben

Initiativen wie „Rebuilding Hope“ geben Hoffnung und konkrete Handlungsansätze, an denen sich die Studierendenbewegung international orientieren sollte. Die Vergangenheit hat zwar gezeigt, dass Entwicklungsschritte immer wieder angegriffen werden. Die israelischen Vernichtungsabsichten gegen das palästinensische Humankapital sind eine brutale, aber für die Palästinenser*innen keine neue, Erkenntnis. Seit der am 19.01.25 begonnenen ersten Phase des Waffenstillstands ist spür- und beobachtbar: Keine Gewalt kann verhindern, dass die Palästinenser*innen ihre Stärke mit noch größerer Entschlossenheit wieder aufbauen werden. Die Geschichte hat bewiesen, dass die Bildung ein Weg sein kann, um Perspektiven für Palästina zu schaffen und zu erhalten. ★



HANA studiert in Frankfurt am Main Politikwissenschaften und Volkswirtschaftslehre und denkt Bildung ist der zentrale Baustein der Menschheitsbefreiung.



NEUES, FREIES SYRIEN?

Am 8.12.2024 stürzte die Haiat Tahrir Al-Scham (HTS) in Damaskus die Regierung von Präsident al-Assad. Der syrische Bürgerkrieg fand ein vorläufiges Ende.

Westliche Staaten suchen Kontakt zur neuen Regierung, die EU diskutiert eine Aufhebung der Sanktionen, die US-Regierung hebt das 10 Mio.\$ Kopfgeld auf HTS-Chef al-Jolani auf.

Gleichzeitig entstehen in der syrischen Diaspora und gesellschaftlichen Linken Debatten: Über Solidarität mit Rojava oder die Anerkennung der Selbstbefreiung des syrischen Volkes. Der Ruf nach Parteinahme befördert politische Vereinseitigungen. Eine Analyse muss jedoch die Rolle imperialistischer Mächte berücksichtigen.

Sanktionen als Kriegsmittel

Zwischen 2010 und 2023 ist die syrische Wirtschaft laut Weltbank um 85 % geschrumpft. Dies ist Folge der seit 2011 angesetzten Sanktionen durch USA und EU. Vermögenswerte wurden eingefroren, Investitionen in die Ölindustrie und Importen in den Westen verboten, Reiseverbote ausgesprochen. Heute leben in Syrien 90% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, wie Berichte des UNHCR zeigen. Trotz Sanktionen bleibt Öl nach wie vor das wichtigste Exportgut. Energiesicherheit ist ein zentrales Ziel westlicher Außenpolitik. Es ist kein Geheimnis, dass die USA versucht haben, die Kontrolle über die Ölquellen in Syrien zu sichern, mittels 13 Militärbasen und 2000 Soldaten. Nun hat die USA die Sanktionen in den Bereichen der Finanzdienstleistungen, der humanitären Hilfe und des Personenverkehrs für sechs Monate aufgehoben. Danach folgte auch die EU.

Syriens Nachbarn - zwischen NATO, Türkei und Iran

Der Nahe Osten ist mit seinen Reichtum an Öl und Gas ein umkämpftes Gebiet. Internationale und regionale Mächte versuchen, Einfluss zu gewinnen. Ein wichtiger Faktor in Syrien unter al-Assad war die sogenannte Achse des Widerstandes, welche durch Iran angeführt wird und sich als Widerstand gegen fremde Invasoren und Besatzer sieht. Die Achse bedroht US-Truppen im Nahen Osten sowie Israel direkt und schmälert den Einfluss der Türkei, die mit der Machtübernahme der HTS in Syrien eine Chance sieht, eigenen Großmachtambitionen näherzukommen. Ganz im Sinne der NATO deklarierte HTS-Anführer al-Jolani den Iran zum Hauptfeind und erklärte der Achse des Widerstandes damit den Krieg. Für Teheran war der Verlust Syriens ein schwerer Schlag. Es bleibt die Frage, wie sich die Achse neu formieren wird und ob sie nicht doch eine Annäherung an die neuen syrischen Machthaber wagen.

Die Interessen der Türkei und ihres NATO-Partners USA in Syrien scheinen widersprüchlich, besonders hinsichtlich der Kurden: Die USA als vermeintliche Schutzmacht der Kurden und die türkischen Angriffe auf diese. Deutlich wird, dass die Machtansprüche der Vereinigten Staaten ins Wanken geraten und die Türkei ihre Stellung in der internationalen Konkurrenz um Ressourcen ausbaut. Syriens Öl soll für die eigene Wirtschaft abgeschöpft und der Zugang für türkische Energiekonzerne erleichtert werden. Auch die alte Katar-Türkei-Pipeline, die über Syrien

und die Türkei nach Europa führt, soll endlich verwirklicht werden.

Deutschland wieder ganz oben

Deutschlands Machtanspruch in Syrien war lange nicht deutlich sichtbar, obwohl es bei der völkerrechtlichen Strafverfolgung Syriens eine große Rolle gespielt hat. Das ändert sich nun: Ganz offen plant die Regierung nach Jahren ohne diplomatische Präsenz die Rückkehr nach Syrien, obwohl Mitglieder der HTS noch immer auf der EU-Terrorliste stehen.

Drei Tage nach dem Putsch wurde der Staatsminister im Auswärtigen Amt und Koordinator für die transatlantischen Beziehungen Dr. Tobias Lindner zum Sonderkoordinator für Syrien erklärt. Er präsentierte einen Acht-Punkte-Plan mit dem Anspruch, Deutschlands Führung beim Wiederaufbau Syriens zu sichern. Der seit 2011 andauernde Bürgerkrieg hat Syriens Infrastruktur zerstört und einen Wiederaufbau mit hunderten Milliarden US-Dollar erforderlich gemacht. Projekte wie die Wiederherstellung von Öl- und Gasfeldern, die in der Vergangenheit an russische Unternehmen vergeben wurden, gelten als lukrativ. Am Beispiel der TurkStream sehen wir ebenfalls Interessenszusammenhänge an strategischen Handelsrouten. Daneben stellen Wiederaufbaukredite und mögliche Privatisierungen öffentlicher Güter, wie in früheren Kriegen im Irak und Jugoslawien, eine Möglichkeit dar, langfristige wirtschaftlich-strategische Abhängigkeiten zu schaffen.

Syriens Offenbarung

Die Zerstörung der Achse in Syrien und die Kriegspolitik in der Ukraine haben die Welt neu geordnet, sei es in Bezug auf Energiebeziehungen oder militär-strategische Bündnisse und ihre anhängenden Rüstungskomplexe. Dennoch bleiben viele Fragen offen. Wir müssen die marxistischen Kategorien, mit denen Kriege und Imperialismus analysiert werden, stärker in den Mittelpunkt stellen und diskutieren, wie sie auf die aktuellen Entwicklungen angewendet werden können, anstatt vorschnell Partei zu ergreifen. Unsere Orientierung bleibt daher: Wir stehen an der Seite des syrischen Volkes und antiimperialistischer Kräfte in ihrem Kampf für politische und ökonomische Selbstbestimmung und soziale Gleichheit. ★

Der Artikel konnte Entwicklungen nach dem 29.01.25 nicht mehr berücksichtigen.



NEVRUZ, NICK und HANA studieren und leben in Frankfurt am Main.

ANTIFASCHISTISCHE WISSENSCHAFTEN

Universitäten sind kein ideologiefreier Ort; das zeigt sich auch in der Lehre! Viele Studiengänge sind klar neoliberal geprägt und werden im Sinne von Kapitalinteressen geformt. Was es braucht, damit VWL, Geschichte, Physik und Psychologie ihr antifaschistisches Potenzial ausschöpfen können, lest ihr hier.

Antifaschistische VWL

Wer sich für ein Studium der Volkswirtschaftslehre (VWL) entscheidet, könnte meinen, er lerne darüber, wie Wirtschaft bestmöglich organisiert werden kann. Stattdessen ist realitätsferner, unwissenschaftlicher Neoliberalismus in Reinform angesagt. Weltfremde Modelle, die den Menschen als Homo Oeconomicus voraussetzen, dessen Handeln lediglich auf Wohlstandsmaximierung aus ist, werden zwar regelmäßiger Kritik ausgesetzt, trotzdem sind sie weiterhin Grundlage der neoklassischen VWL. Bereits seit den 1970er Jahren dominiert das neoklassische Dogma innerhalb der Wirtschaftswissenschaften. Obwohl dieses die inhärente Krisenhaftigkeit des Kapitalismus nicht anerkennt, keine Lösungen für soziale Ungleichheit und Klimakrise bietet und wissenschaftliche Standards nicht erfüllt, scheinen plurale Ansätze

kaum Anklang an (deutschen) Unis zu finden. Die Neoklassik, die im Studium so vehement vermittelt wird, propagiert geringe sozialstaatliche Ausgaben, verkürt Profite als Wohlstandsgewinn und kennzeichnet staatliche Eingriffe in den Markt als gefährlich. Abgesehen davon wird den Menschen keine Selbstwirksamkeit zugesprochen. Statt nach ihren Bedürfnissen zu wirtschaften, sollen sie sich denen des Marktes unterwerfen.

Aktuell entsteht durch Krise(n) und soziale Verelendung in breiten Schichten der Bevölkerung Frustration. Dass daraus kein antikapitalistisches Bewusstsein entsteht, sondern ein Nährboden für den Faschismus geschaffen wird, hat nicht zuletzt mit dem Individualismus der VWL zu tun. Es bleibt die Frage, warum das Neoklassische Dogma schon seit mehr als 50 Jahren dominiert, obwohl seine wissenschaftlich unsaubere Art und sein geringer

Erklärungswert längst nachgewiesen sind und was wir tun können, um das zu ändern.

Statt Neoklassik braucht es deshalb vielfältige, kritische Perspektiven auf das herrschende System. Dabei müssen plurale Erklärungsansätze um Geltungsanspruch streiten. Gerade mit einer marxistischen Analyse können wir die Vielfachkrise besser verstehen und Alternativen formulieren, die menschliche Bedürfnisse ins Zentrum der Wirtschaft rücken. ★



VIKI (21) studiert in Düsseldorf Philosophie, Politik und VWL und will die Neoklassik aus dem Hörsaal jagen.

Antifaschistische Physik

Große Teile des technischen Fortschritts der Neuzeit beruhen auf der Physik. Somit hat sie eine enorme Relevanz für die kapitalistische Produktionsweise. Sie hat die industrielle Revolution sowie die Atombombe ins Leben gerufen und mit Halbleitern die Grundlage für den kommerziellen Computer ermöglicht.

Schon lange wurden Erzählungen der natürlichen Überlegenheit weniger, »wissenschaftlich« begründet. Dies spitzt sich auch um die Physik zu, die als reine und objektive Wissenschaft dargestellt wird. DER Physiker verkörpert in der öffentlichen Wahrnehmung das Genie schlechthin. Mit der Physik bewaffnen sich deshalb zum Beispiel Superreiche, um ihre Macht zu erhalten und zu legitimieren und den Sprung zum Faschismus zu rationalisieren. Setzt man sich jedoch in eine typische Vorlesung, könnte man das alles aber

nicht erraten. Sie besteht hauptsächlich aus Formelschieben und auch in der Forschung ist es nicht anders.

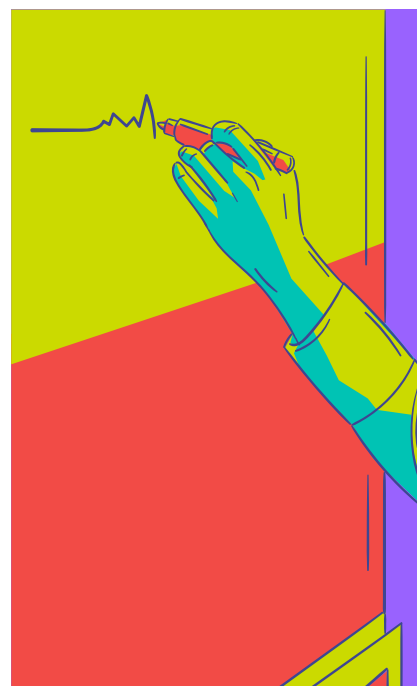
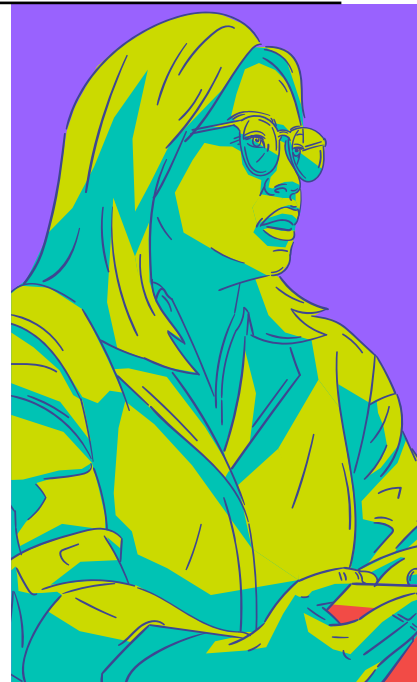
Das größte Problem der Disziplin ist eine starke Entfremdung. Im Gegensatz zur dominanten Entpersonalisierung, wird Physik von Menschen betrieben und jeder Fragestellung liegt ein subjektives Erkenntnisinteresse zugrunde. Dieser zentrale Teil der Physik zieht sich durch den gesamten Prozess der Erkenntnisgewinnung: angefangen mit der Fragestellung selbst und permanent durch subjektive Näherungen weitergeführt.

Fragestellungen müssen offen, gesellschaftlich begründet werden um davon ausgehend für soziale Verbesserung zu kämpfen. Auch darf die Physik nicht für Krieg und Ausbeutung missbraucht werden. Gerade in der Grundlagenforschung ist es unmöglich abzuschätzen, was mit den neu gewonnen Erkenntnissen geschieht.

Mit der Entdeckung der Kernspaltung 1938 war nicht abzusehen, dass sieben Jahre später die ersten beiden Atombomben über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen werden. Anstatt nach der Entwicklung einer abstrakten Formel diese der Nachwelt zu überlassen, müssen ihre Ergebnisse öffentlich eingeordnet werden. Konkret bedeutet es darüber aufzuklären wer, aus welchen Gründen, Interesse an den Ergebnissen hat und sich dafür einzusetzen, dass sie dann für Allgemeinwohl verwendet werden. ★



FREDDY (21) studiert in Köln Physik, ist dort auch beim SDS aktiv und fühlt sich von seinem Studium entfremdet, geht es jedoch mit seiner Fachschaft (die beim Artikel mitgeholfen hat) an, in der es fester Teil der Programmatik ist.



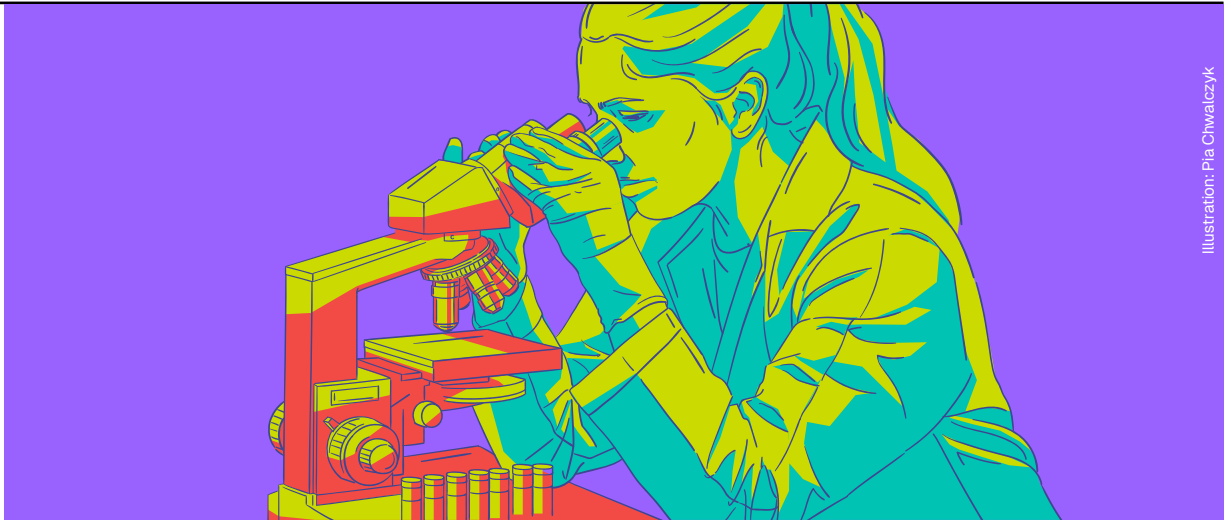
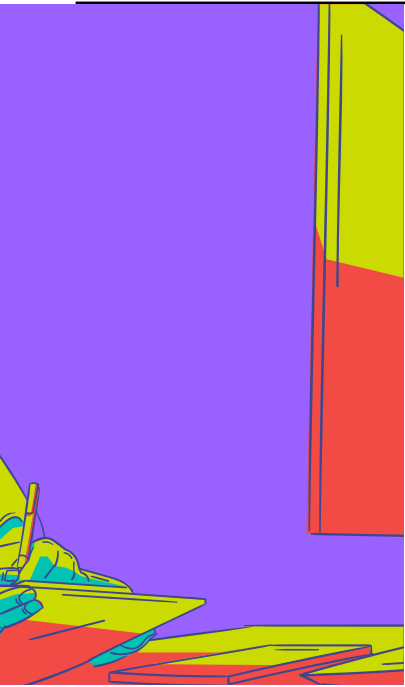


Illustration: Pia Chwałczyzk

Antifaschistische Zwecke und Fragen der historischen Wissenschaft

Da wir gesellschaftliche Verhältnisse nicht naturgegeben-statisch, sondern als Ergebnis geschichtlicher und von uns (selbst-)bewusst zu führender Klassenkämpfe begreifen, ist die historische Perspektive auf soziale Verhältnisse und politische Entwicklungen wesentlich für alle fortschrittliche Sozialwissenschaft.

Anders gesagt: Wer den Faschismus mit seinen Wurzeln ausrotten will, muss die ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklungen wie auch die Debatten um Widerstandstaktiken der Organisationen der Arbeiterbewegung analysieren und sich dafür die aus der Befreiung vom Faschismus gelernten Erfahrungen immer wieder neu aneignen. Im Gegensatz zur bürgerlichen Faschismusforschung brechen wir diese besonders aggressive Form bürgerlicher Herrschaft gerade nicht

aus der imperialistischen Krisenlogik heraus, weshalb es verkürzt wäre, die konkrete geschichtswissenschaftliche Erklärung des Faschismus als alleinige Bestimmung antifaschistischer historischer Sozialwissenschaft anzugeben. Wie sehr auch die schein-historische Hetze gegen die palästinen-sischen Befreiungsbestrebungen sich als Lehre aus dem Faschismus ausgibt oder mit Hitlervergleichen und Verweise auf das Münchener Abkommen NATO-kritische bzw. Friedensinitiativen in Bezug auf den Krieg in der Ukraine dämonisiert werden, ist es dennoch unabdingbar durch kritisch-rationale Aufklärung die Deutung über den Faschismus seinen politischen Erben zu entreißen. Das positive antifaschistische Verständnis vergangener Genoss*innen, die bereits vor der Machtübertragung den Kampf gegen den Faschismus aufnahmen, ihn bezwangen und mit der DDR den Aufbau einer alternativen Gesellschaft begannen, erweitert die inhaltlichen Fragestellungen einer „antifaschistischen historischen Wissenschaft“ über die Ideologiekritik hinaus. Hi-

storische Aufklärung über die ökonomischen Gründe der Umstellung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche auf Kriegstüchtigkeit kann unsere Klasse zum Handeln für eine wirklich humane, friedliche, sozialistische Gesellschaft befähigen.

Zentrales Anliegen antifaschistischer Wissenschaft ist die Bildung über die Veränderbarkeit der geschichtlichen Entwicklung und die Erfahrungen der Arbeiterparteien. Auch die Diskussion über Geschichtswissenschaft, Geschichtskultur und antifaschistische Bildung hat mit den Erfahrungen aus der DDR bereits eine Grundlage. Wir müssen nicht bei Null anfangen! ★

ANNA (24) studiert Geschichtswissenschaft in Bonn und hat durch die Geschichte der Mediävistik in der DDR mehr über die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln gelernt als durch bürgerliche „NS-Forschung“.



Antifaschistische Psychologie

Auch wenn sie es sich selbst nicht eingestehen will: Die Psychologie ist politisch und alles andere als neutral. Aktuell stützt sie in Theorie und Praxis das herrschende Gesellschaftssystem.

In der heutigen Psychologie werden gesellschaftliche Umstände, die zu psychischem Leid führen, praktisch nicht hinterfragt. Diese fehlende Aufklärung führt dazu, dass Frustration aufgrund von Ausbeutung, Entfremdung und Unterdrückung eher auf andere Menschen projiziert wird, und stärkt damit menschenfeindliche Ideologien. Solidarische Strategien zur Bekämpfung psychischen Leids werden durch den individualisierenden Blick der Psychologie behindert. Betroffenen wird gesagt, dass sie inner-

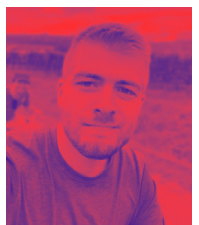
halb des bestehenden Systems ihre eigenen Bedürfnisse (die künstlich in Opposition zu den Bedürfnissen aller anderen gebracht werden) priorisieren sollen. Sie werden dadurch von ihren Mitmenschen entfremdet und selbstsüchtiges Verhalten wird gefördert. Eine antifaschistische Psychologie sollte stattdessen Mut machen, schädliche Strukturen zu verändern und auf solidarische Bedürfnisbefriedigung hinarbeiten. Der im Neoliberalismus alltäglich konstruierte Gegensatz zu anderen schadet Leidenden. Durch die Erfahrung, in einer solidarischen Gemeinschaft Veränderung zu bewirken, könnten sie psychische Stärke finden.

Die Konstruktion »psychischer Krankheit« beinhaltet den Glauben an ein »normales« Verhalten und begünstigt die Abwertung von Menschen, die dieser Normalität nicht entsprechen (wollen). Die Psychologie wird so zu einer verhaltenskontrollierenden In-

stanz im Sinne der herrschenden Gesellschaftsordnung. Eine antifaschistische Psychologie sollte menschliche Diversität fördern, statt auf Anpassung zu drängen. Sie sollte den medikalisierenden Blick ablegen und psychisches Leid als verständliche Reaktion auf äußere Umstände begreifen.

Eine Psychologie, die es mit der Bekämpfung psychischer Probleme ernst meint, muss sich aktiv gegen Ideologien stellen, die selbst massives Leid verursachen. Sie muss also antifaschistisch sein. ★

JAN (27) will kaputt machen, was uns kaputt macht und ist deshalb in Münster beim SDS und bei einem Lesekreis zu kritischer Psychologie aktiv.



WARUM DIE STREIKS IM ÖFFENTLICHEN DIENST FEMINISTISCHE KÄMPFE SIND

Die übermäßige Ausbeutung von Frauen und Migrant*innen in Reproduktionsberufen ist kein Zufall, sondern das Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaftsweise.



Pflegekräfte sind überlastet, Verwaltungen zunehmend mit Arbeitskräftemangel konfrontiert, Kita-Plätze fehlen und der öffentliche Dienst ist enorm unterfinanziert. Abhilfe schaffen soll die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes, begonnen am 24. Januar 2025. Die Bundestarifkommission von ver.di, die in diesem Tarifstreit die Beschäftigten unter anderem im Verwaltungs-, Pflege- und Erziehungssektor vertritt, hat im Oktober 2024 bereits ihr Forderungspaket für den öffentlichen Dienst vorgelegt. Dass diese Forderungen weiterhin mit Nachdruck durchgesetzt werden, muss uns als Feminist*innen ein Anliegen sein: Der Schutz unserer Körper ist seit jeher ein zentrales Element feministischer Kämpfe. In der kommenden Tarifrunde wird nichts Geringeres ausgehandelt als die körperliche Unversehrtheit der Arbeitenden.

Pflege und Erziehung werden zur Reproduktionsarbeit gezählt. Jener Sektor, der verantwortlich für die Wiederherstellung der Arbeitskraft ist und nach wie vor überdurchschnittlich häufig von Frauen und Migrant*innen ausgeübt wird. Durch das kapita-

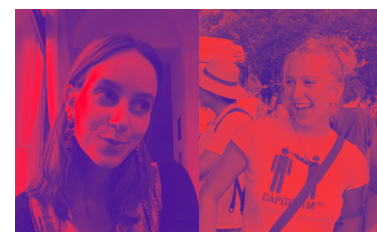
listische Bestreben, mit günstiger Arbeitskraft großen Gewinn zu erwirtschaften, wird gerade diese Branche gering entlohnt, da sie nur indirekt zum Kapitalertrag beisteuert. Dass Reproduktionsarbeit systematisch unterfinanziert und auf marginalisierte Gruppen abgewälzt wird, ist Ergebnis kapitalistischer Logik: Der Wert der Arbeit wird an ihrem Beitrag zur Mehrung des Kapitals gemessen. Reproduktive Arbeit muss daher zwangsläufig abgewertet werden, was sich im bezahlten Sektor sowie in der unbezahlten Care-Arbeit zeigt. Legitimiert wird die Unterbezahlung dieser Berufe durch die gesellschaftlich-moralische Herabsetzung der Arbeiter*innen und ihrer Arbeit: Narrative, wie die aus Liebe handelnde Frau oder Migrant*innen, die sich glücklich schätzen sollten, für jeden noch so prekären Arbeitsplatz in Deutschland, naturalisieren und festigen die systemische Ungerechtigkeit in der Reproduktionsarbeit.

Trotz der grundlegenden Bedeutung der reproduktiven Tätigkeiten für Kapital und Gesellschaft wird der Reproduktionsbereich an den äußersten gesellschaftlichen Rand gedrängt, abgewertet und ausgebeutet. An die-

ser Stelle muss der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst ansetzen und von uns als Feminist*innen unterstützt werden. Konkret fordert ver.di in der ersten Tarifrunde zunächst eine Entgelterhöhung um 8 Prozent, mindestens aber um 350 Euro monatlich für alle Beschäftigten, sowie höhere Zuschläge für besonders belastende Tätigkeiten. Des Weiteren sollen die Beschäftigten durch ein Zeitkonto mehr Souveränität und Flexibilität für ihre Arbeitszeiten erhalten. Ver.di stellt zudem Forderungen für die Gleichstellung von Teilzeitkräften, welche zumeist Frauen sind. Angestellte in Teilzeit erhalten momentan erst dann Überstundenzuschläge, wenn sie die Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten überschreiten. Am 5. Dezember 2024 hat bereits das Bundesarbeitsgericht gegen diese Ungleichbehandlung von Teilzeitkräften geurteilt, was der Gewerkschaft Rückenwind bringt.

Dass besonders weibliche und migrantisierte Menschen unter den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst leiden, ist kein Zufall. Es ist das Ergebnis eines Systems, das die Endlichkeit der menschlichen Arbeitskraft durch übermäßige Ausbeutung

im Reproduktionsbereich zu kompensieren versucht. Das wird durch patriarchale und rassistische Strukturen ermöglicht und legitimiert. Feminist*innen haben längst erkannt, wie Unterdrückungssysteme der kapitalistischen Ausbeutung zuspieren. Es ist Zeit, diese Diskurse in Kämpfen der Arbeiter*innen aufzunehmen! In Tarifverhandlungen muss die Diskrepanz zwischen der Bewertung und Behandlung von Produktionsarbeit und Reproduktionsarbeit gesehen und bekämpft werden. Das gelingt nur mit einer feministischen und antirassistischen Analyse und einem gemeinsamen Kampf! ★



DORO (20, Soziologie) und **POLA** (19, Politikwissenschaft und Französisch) studieren in Bielefeld und wollen, dass Reproduktionsarbeit und die Existenz Bielefelds endlich anerkannt werden.



DIE LINKE ODER BARBAREI? SOZIALISTISCHE PERSPEKTIVEN FÜR DEN BUNDESTAG

Unsere Genoss*innen Lisa Schubert und Naisan Raji kämpfen in der nächsten Bundestagswahl um ein Direktmandat. Sie sprechen darüber, was ihnen Hoffnung gibt und weshalb eine starke Linke im Bundestag gerade jetzt unverzichtbar ist.



LISA (22) studiert Sozialwissenschaften in Düsseldorf, ist seit 2 Jahren im SDS aktiv, kämpft um das Direktmandat im Düsseldorfer Süden und steht in NRW auf Listenplatz 14.

Warum ich für den Bundestag kandidiere:

Das Erstarken des Faschismus, Klimakrise, Krieg und Klassenkampf von oben: Die Zeiten sind ernst, die Krisen vielfältig – doch die Ursache dieselbe: Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem. Deshalb braucht es Antworten von links!

Als sozialistischer Studierendenverband wissen wir, dass Veränderungen uns nicht geschenkt, sondern von unten erkämpft werden müssen, sei es an den Universitäten, auf den Straßen oder in den Betrieben. Deshalb trete ich mit einem klar sozialistischen Standpunkt für den Bundestag an. Der Kapitalismus bedeutet Krieg, Klimazerstörung und soziale Spaltung. Solange die Profiteure der Wenigen über den Bedürfnissen der Vielen stehen,

wird es keine gerechten Lösungen für die großen Krisen unserer Zeit geben. Ich kämpfe für eine Gesellschaft, in der nicht die Konzerne und Reichen bestimmen, sondern die Menschen selbst. Als Sozialist*innen müssen wir für unsere Idee einer befreiten Gesellschaft die konkreten Kämpfe unserer Zeit mitkämpfen. Das heißt: Schluss mit der Aufrüstung und Milliarden für Waffen und Kriege. Keine Waffenexporte in die Türkei, die Ukraine oder nach Israel – stattdessen: Solidarität mit allen, die weltweit gegen Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen.

Doch Antimilitarismus allein reicht nicht. Klimagerechtigkeit, feministische Befreiung und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Wir kämpfen für ein BAföG für Alle, kostenfreien Nahverkehr und eine massive Umverteilung des Reichtums – finanziert durch die Besteuerung von Vermögen und Großkonzernen. Gleichzeitig müssen wir uns gegen den Faschismus stellen, der überall erstarkt, wo die Ungleichheit wächst. Der Kampf gegen den Kapitalismus ist ein Kampf für das gute Leben – und dieser Kampf ist notwendig.

Im SDS lebt dieser Widerstand seit Jahren, ich will diese Kämpfe in den Bundestag tragen, aber ich weiß: Die Parlamente allein werden uns nicht retten. Politik entsteht auf der Straße, in den Betrieben und in den Bewegungen. Gemeinsam können wir eine bessere Welt erkämpfen – frei von Ausbeutung und Unterdrückung. ★



NAISAN RAJI ist Psychologin, war während ihres Studiums im SDS aktiv und ist die Jugendkandidatin der Linken in Hessen für den Bundestag

Warum ich für den Bundestag kandidiere:

In den letzten Jahren ist die Lebensqualität vieler Menschen spürbar gesunken. Ein Fünftel der deutschen Bevölkerung ist arm. Vielen, die in Armut aufwachsen, gelingt es nicht oder nur mit sehr viel Mühe, ihre ökonomische Lage zu verbessern. Bei vielen hat sich ein Gefühl der Ohnmacht breit gemacht, die sich in Politik- und auch Parteienverdrossenheit ausdrückt – ein bedrohliches Symptom ist der Zuwachs der rechtsextremen AfD.

Global wurde ein neues Wettrüsten eingeleitet, die Anzahl von Kriegen und Konflikten nimmt seit Jahren stetig zu, ebenso wie deren Gewalttätigkeit, gemessen an Opferzahlen. Die Anzahl der Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, erreicht seit 2014

bittere Rekorde. Deutschland ist einer der größten Waffenexporteure der Welt. Angesichts zweier Weltkriege, die von Deutschland ausgingen, ist das beschämend. Damit exportieren wir nicht nur den Tod, sondern verschlechtern auch die Sicherheitslage der deutschen Bevölkerung. Die Waffenlieferungen in die Ukraine haben das Potential, uns in eine Eskalationsspirale hineinzuziehen. Auch die angekündigte Stationierung von US-Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden ab 2026 würde Deutschland nicht sicherer, sondern im Ernstfall zum Zielgebiet russischer Raketen machen und muss deswegen verhindert werden.

Die Rekordausgaben für Militär und Aufrüstung sind beunruhigend: Die Verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesverteidigungsministeriums von November 2023 fordern die «Kriegsertüchtigung» der Bundeswehr. In der neuen Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie von Dezember 2024 werden Leitlinien zur staatlichen Förderung der Rüstungsindustrie beschrieben.

Kriege als extremster Ausdruck kapitalistischer Konkurrenz werden die Menschheitsprobleme Armut, Hunger und Erderwärmung nicht lösen. Ich kandidiere für Die Linke, weil ich gemeinsam mit anderen für eine Gesellschaft streiten will, in der gute Arbeit, Bildung, Kultur und soziale Teilhabe für alle wichtiger sind als Panzer und Raketen. ★

WIE SCHLAGEN WIR DIE RECHTEN?

Anfang letzten Jahres fand eine der größten Protestwellen der Bundesrepublik Deutschland gegen die AfD statt. Trotzdem ist die AfD weiter auf dem Vormarsch – mit welchen Mitteln können wir dem Neofaschismus begegnen?

Warum Widersetzen? Wie wir Mithilfe zivilen Ungehorsams der AfD den Boden unter ihren Füßen entziehen.

Die AfD – eine im Kern faschistische und mit rechtsextremen Narrativen hantierende Partei – müssen wir mit aller Schlagkraft bekämpfen. Eine Rede von Björn Höcke, in der er einen »vollständigen Sieg der AfD« für unabdinglich erklärt, lässt erahnen, welche Pläne die Partei schmiedet. Damit ist der Einsatz von zivilem Ungehorsam nicht nur legitim, sondern unumgänglich. Eine Möglichkeit im Kampf gegen die Partei ist somit, ihr keinen Raum

auf der Straße zu überlassen und klar dafür einzustehen, dass sie ihren faschistischen Plänen nicht ungestört nachgehen kann.

Zentral für die Aktionen von *Widersetzen* ist die Breite des Bündnisses, von Gewerkschaften bis hin zu Studigruppen. Der gemeinsame Aktionskonsens lautet: Ziviler Ungehorsam, von dem selbst keine Eskalation ausgeht. Der Dresscode ist Warnweste und bunt statt schwarzer Northface-Jacke und Schlauchschal, um bewusst nicht als schwarzer Block aufzutreten, sondern ein farbenfrohes Aktionsbild zu schaffen. Durch sein breites Auftreten hat das Bündnis die Möglichkeit auch unorganisierte Menschen zu mobilisieren, die ein Handlungsbedürfnis

in Zeiten des Rechtsrucks verspüren. Die Erfahrung des kollektiven zivilen Ungehorsams kann so einen Politisierungsmoment und Anknüpfungspunkt für viele Menschen sein, die sich abseits des klassischen linken Milieus bewegen.

Am 11. Januar 2025 haben sich etwa 12.000 Menschen der AfD in Riesa widersetzt und an Blockaden teilgenommen. Im Gegensatz zu den geringen Erfolgen beim vorangegangenen Bundesparteitag in Essen, konnten die Widersetzer*innen den Parteitag in Riesa um ganze zwei Stunden verzögern und seinen gesamten Ablauf massiv stören. Trotz der Kälte, langer Anreise und dem vorgezogenen Termin aufgrund der Bundestagswahl, konnte das Bündnis über 200 Busse mit Men-

schen mobilisieren. Besonders viele Studierende waren in den Blockaden, häufig mit Tickets, die sie über *Studis gegen Rechts* kaufen konnten.

Der Erfolg in Riesa hat gezeigt, dass wir die AfD erfolgreich blockieren können und *Widersetzen* in Kombination mit anderen Strategien unseren Kampf gegen den Rechtsruck massiv stärkt. ★



VERONIKA (21) studiert Politikwissenschaft und ist im SDS Hannover aktiv.



Zur Realisierung des Grundgesetzes: Für das Verbot der AfD

Die volle Verwirklichung des Grundgesetzes (GG) als antifaschistische Konsequenz ist ein offenes historisches Vermächtnis und angesichts der tiefgreifenden Kapitalismuskrise, aggressiven Aufrüstung und rechter Kräfte hoch aktuell. Es geht um die Grundrechte mit Menschenwürde und Wissenschaftsfreiheit, das Friedensgebot, das Sozialstaatsgebot und nicht zuletzt die Sozialisierungsmöglichkeit, in Einheit mit der Verhinderung von Faschismus und Krieg. Für diesen antifaschistischen Gesellschaftsentwurf, welcher noch nicht ganz entschieden ist zwischen demokratisch-sozialistischem Fortschritt und restaurativem Kapitalismus, kommt es gerade auf eine aktive Antifaschismus-Bewegung an, die in allen gesellschaftlichen Bereichen um die soziale,

zivile und demokratische Gestaltung der Vielen kämpft.

Die AfD ist dagegen der Ausdruck verrohter bürgerlicher Verhältnisse. Für ihr »Deutschland zuerst« soll rigoros militarisiert, der Sozialstaat zerstört und das Asylrecht restlos gestrichen werden. Sie trommelt für die Privatisierung des Subjekts, für Antikommunismus, Rassismus, Konkurrenz und ein reaktionäres Familien- und Frauenbild. Dafür spielt sie Opposition und beschönigt die Geschichte des deutschen Imperialismus und seiner Zuspitzung im Faschismus. Der AfD ist insbesondere die Grundlage ihrer Hetze durch zivilen und sozialen Fortschritt zu entziehen. Sie ist bei jeder Gelegenheit anzugreifen, zu widerlegen, zurückzudrängen – und als aggressivster Gegner des antifaschistischen Gehalts des GG auch zu verbieten.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Verbotsverfahren der NPD festge-

stellt, dass eine Partei mit völkischer Ideologie mit dem GG unvereinbar ist. Da diese gegen die Menschenwürde, gegen den Gleichheitsgrundsatz und das Antidiskriminierungsgebot sowie gegen die Gewissens- und Religionsfreiheit verstößt. Zudem sieht das Grundgesetz in Artikel 9 vor, dass alle Vereinigungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten sind.

Das Verbot der AfD entzieht ihr Ressourcen und Legitimität. Schon im Verbotsverfahren muss es vielmehr um Aufklärung und Gegnerschaft zu den brutalen Absichten der AfD sowie um aktives Eintreten für die Grund- und Menschenrechte überall gehen. Denn es geht mit dem Verbot um die Verwirklichung der antifaschistischen Schlussfolgerungen, um die Würde des Menschen, um Friedementwicklung, sowie um den demokratischen und sozialen Staat. Es gibt viel zu tun! ★



Die linke Antwort auf den Rechtsruck: Der Aufstieg von Trump, AfD und Co. hat eine ökonomische Ursache. So kann man dieser mit antifaschistischer Wirtschaftspolitik begegnen.

Spätestens seit den jüngsten Präsidentschaftswahlen in den USA, macht eine Forderung in progressiven Kreisen die Runde: antifaschistische Wirtschaftspolitik. Aufgrund des doch deutlichen Sieges von Donald Trump hat die Ökonomin Isabella Weber diese auf die Tagesordnung gesetzt. Ihre Analyse: Ignoranz für die wirtschaftlichen Probleme der Bevölkerung befördert den Erfolg reaktionärer Kräfte. Und das nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland.

Im Land des Schuldenbremsen-Fetischismus hat die neoliberale Sparpolitik der letzten Jahrzehnte enorme Probleme verursacht, die nun zunehmend zum Vorschein kommen: Marode Infrastruktur, fehlender Wohnraum, verschleppte Energiewende. Die mangelnde Inflationsbekämpfung kommt da noch hinzu. Und statt diesen Versäumnissen endlich entschieden entgegenzutreten, sind noch massive Einsparungen im Bundeshaushalt geplant. All das hat maßgeblich zum Aufstieg der Rechten beigetragen – wie auch mehrere Studien eindeutig belegen.

Dagegen soll also die antifaschistische Wirtschaftspolitik helfen. Isabella Weber versteht darunter eine Politik, die von den Sorgen und Bedürfnissen der arbeitenden Klasse ausgeht – und nicht den Interessen des oberen Prozents. Doch wie gelingt so eine Sozialpolitik gegen rechts? Weber selbst setzt vor allem auf Preiskontrollen. Die Linke ist das Thema aber nun deutlich umfassender wie konkreter angegangen und hat es zum Kern ihres Bundestagswahlkampfes gemacht. Zentrale Elemente sind dabei unter anderem steuerliche Entlastungen für die Mehrheit, ein bundesweiter Mietendeckel und 15 Euro Mindestlohn.

Diese im Kern reformistischen Vorschläge können als Gegenvorschlag zur Ideenlosigkeit bürgerlicher Parteien dienen – sollten aber nur der Anfang sein. Denn linke Ideen zur Wirtschaftspolitik müssen auch den Widerspruch kapitalistischer Systeme aufzeigen. So sind nachhaltige Verbesserungen für die Mehrheit nur ohne Ausbeutung möglich – sonst bleibt der Nährboden des Faschismus bestehen. ★

OLIVER (28) studiert Politische Kommunikation an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und sieht in antifaschistischer Wirtschaftspolitik ein echtes Mittel im Kampf gegen rechts.



Mit Wirtschaftsdemokratie gegen Rechts

Wer den Aufstieg der Rechten verstehen will, muss die Krise der kapitalistischen Demokratie zur Kenntnis nehmen. Zum einen die eklatante Repräsentationslücke. Wahlabstimmungen und Demoskopie belegen, dass sich große Bevölkerungsteile von den Entscheidungs-Eliten nicht vertreten fühlen. Hinzu kommt: Der bürgerliche Parlamentarismus ist bekanntlich eine halbierte Demokratie. Ausgerechnet die Sphären, in denen über Arbeit, Einkommen und soziale Lebenschancen entschieden wird, versperren sich demokratischen Regeln. In der kapitalistischen Wirtschaft und ihren Betrieben geht es nicht demokratisch, sondern autoritär zu; oder, wie Marx es formulierte: der kapitalistische Produktionsprozess ist »der Form nach despotisch«.

Politische Repräsentationskrise und betrieblicher Autoritarismus blockieren die Bewältigung der sozialen Friktionen, die unter kapitalistischen Bedingungen mit der ökologischen

Transformation verbunden sind. Das gilt etwa für die massenhafte Gefährdung von Arbeitsplätzen bei der Umstellung vom Verbrenner-Motor auf batterieelektrische Antriebe in der Automobilindustrie. Vor allem in Industriebetrieben werden ohnehin fragile, sozialpartnerschaftliche Kooperationskulturen aufgekündigt und Klassenkonflikte von oben reaktiviert. Angedroht werden Massenentlassungen, Standortschließungen und soziale Deklassierung.

Das erzeugt Zukunftsängste und Abwertungsempfindungen. Diese erweisen sich als günstiges Terrain für den organisierten Rechtsradikalismus. Er maskiert sich als einziger Verteidiger einer angeblich besseren Vergangenheit. Die Gewerkschaften seien Teil der abgehobenen Elite, sie hätten den Diesel und mit ihm die Beschäftigten der Automobilindustrie verraten, so eine Erzählung der Rechten im Kampf um betriebliche Hegemonie.

Eine Antwort bestünde in der offensiven Demokratisierung der Wirtschaft, um die ökologische Transformation auf einen auch sozial nachhaltigen

Pfad zu lenken. Wo Beschäftigte sich in partizipativen Konflikten gegen Managementdiktate zur Wehr setzen, und wo ihnen Einflussnahmen auf das Was, Wie und Wofür der Produktion gelingen, wachsen klassenpolitisches Selbstbewusstsein und Resilienz gegen rechte Anrufungen. Das zeigen Forschungen und Erfahrungen. Mit Wirtschaftsdemokratie gegen rechts. Das sollte Essential linker Partei- und Gewerkschaftspolitik sein. ★



HANS-JÜRGEN URBAN ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Honorarprofessor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Zuletzt hat er das Buch Gute Arbeit gegen Rechts herausgegeben, das sich mit Antifaschismus im Betrieb auseinandersetzt.

„ICH WILL EIN MANDAT FÜR DEN BEZIRK GEWINNEN UND ZUR RETTUNG DER LINKEN BEITRAGEN“

Ferat Koçak – bei Instagram und Tiktok auch bekannt als der Neuköllner – ist Aktivist und Abgeordneter im Berliner Landtag. Nun kandidiert er für den Bundestag. Im Interview erzählt er von seinen Gesprächen und Erfahrungen aus Neukölln und warum für ihn sowohl der Wahlkampf, als auch der Protest auf der Straße zur antifaschistischen Arbeit gehören.

Ferat, du kandidierst gerade für die Linke als Bundestagskandidat für Neukölln. Zentral für deine Kampagne ist der Vorsatz »Politik ganz anders zu machen«. Was bedeutet das für dich?

Für mich heißt das, die arbeitenden Menschen wieder ins Zentrum der Politik zu rücken. Einerseits durch Haustürgespräche: Wir haben in Neukölln bereits an 25.000 Türen geklingelt, um über die echten Probleme zu sprechen. Die kennen die Menschen selber ganz gut. Hier geht es auch um Glaubwürdigkeit für uns als Partei.

Andererseits heißt Politik anders machen, Menschen mit Rückgrat und Haltung ins Parlament zu schicken. Menschen, die sich nicht kaufen lassen. Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik. Ich begrenze aktuell schon meine Diät als Mitglied des Abgeordnetenhauses und habe mich auch dazu verpflichtet, mein Gehalt im Bundestag auf 2.500 Euro zu begrenzen. Alles andere geht an Projekte im Kiez, unter anderem meine Sozialsprechstunde. Dort können Menschen hinkommen, die in schwierigen Lagen stecken. Und ich habe bei der Stadtteilversammlung im Dezember versprochen, dass ich die Neuköllner bei kom-

plizierten Fragen konsultieren werde, also spätestens in einem Jahr wieder eine Versammlung machen werde. Hunderte Menschen haben sich an unseren bisherigen Wahlkampfaktivitäten beteiligt. Ich will ein Mandat für den Bezirk gewinnen und zur Rettung der Linken beitragen.

In Neukölln finden häufig palästina-solidarischer Protest statt, einige Menschen im Bezirk sind selbst Geflüchtete und haben Familie im Kriegsgebiet. Viele berichten von Polizeigewalt gegen die Demonstrierenden, wie wirkt sich das auf die Lage in Neukölln aus?

Neukölln ist Heimat einer der größten palästinensischen Communities weltweit. Hier leben tausende Menschen, die Familienmitglieder oder Freund*innen verloren haben. Lange vor dem 7. Oktober 2023 wurden deren Grundrechte massiv eingeschränkt und Demonstrationen verboten. Das hat sich massiv zugespitzt. Ich setze mich schon lange dafür ein, dass alle Menschen die Möglichkeit haben ihre Trauer, Wut und Verzweiflung gegen den Genozid auf die Straße zu tragen.

Ein Thema was du sehr zentral setzt ist der Kampf gegen Rechts. Du bist selbst Betroffener rechter Gewalt, auf dich und deine Familie wurden zwei Brandanschläge verübt. Nach einem langen Prozess wurden die Täter vor wenigen Wochen schuldig gesprochen. Wie blickst du auf dieses Urteil und den Prozess dahin? Wie fließen diese Erfahrungen in deine politische Arbeit ein?

Ich frage mich, warum es fast sieben Jahre gebraucht hat, bis die dringend Tatverdächtigen verurteilt wurden. Aber es fügt sich in das Bild von Sicherheitsbehörden und beängstigenden Querverbindungen von Staat und Justiz in die rechte Szene. Diese Jahre waren eine psychische Belastung, keine Frage. Trotzdem habe ich auch immer wieder Mut daraus geschöpft. Ich ziehe zwei Lehren: Die Rechten kriegen uns nicht klein und – um die Holocaust-Überlebende Esther Bejerano zu zitieren: »Wer gegen Nazis kämpft, kann sich auf den Staat nicht verlassen!«. Aber auch unser Wahlkampf ist antifaschistisch. Bei unseren Haustürgesprächen reden wir mit den Menschen über die wirklichen Probleme und Spaltung in dieser Gesellschaft und bauen eine echte Alternative zur AFD auf.

Du warst an einem Protest gegen eine Nazi-Demonstration in Friedrichshain und an den Widersetzen-Aktionen gegen den Parteitag der AFD in Riesa beteiligt. Warum bist du weiterhin auch außerhalb des Parlaments politisch aktiv?

Antifaschismus müssen wir selber machen, da hilft kein Staat, keine Polizei, keine Justiz. Der Angriff auf meinen Freund und Genossen Nam Duy Nguyen in Riesa war dafür exemplarisch. Inhaltlich war der AFD-Parteitag zutiefst unheimlich. Wo der Begriff »Remigration« vor einem Jahr noch ein absoluter Skandal war, nimmt die AFD dieses Ziel nun als Forderung ins Wahlprogramm. Sie wollen hunderttausende unserer Freund*innen, Nachbar*innen und Kolleg*innen deportieren. Umso wichtiger ist es eben auch, kollektiv und von unten der AFD Niederlagen zuzufügen. Es kann zwar nur der Auftakt zu vielen weiteren Aktionen sein, aber »Widersetzen« in Riesa war ein riesiger Erfolg. ★

Das Interview führte Sabine Daams vom SDS Berlin

DIE INTERNATIONALE ERKÄMPFT DAS MENSCHENRECHT!

Der Imperialismus befindet sich im Niedergang – unsere Chance, die globale Hegemonie zu hinterfragen und umzuwälzen, um »die Verhältnisse zum tanzen zu bringen« (Karl Marx).

Die seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und des Warschauer Pakts zu Beginn der 1990er Jahre herrschende US-Hegemonie befindet sich politisch, militärisch und wirtschaftlich im rasanten Abstieg. Spiegelbildlich zum Abstieg des US-Imperialismus erfolgt der Aufstieg der BRICS+ (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), Länder mit hohem Bevölkerungsanteil und wachsendem Bruttoinlandsprodukt. Während die NATO-Staaten mit imperialistischer Aggression reagieren – sich bis an die Zähne bewaffnen, Kriege anzetteln und ganze Regionen in Flammen aufgehen lassen – formiert sich der Globale Süden neu und betritt mit neuem Selbstbewusstsein die internationale Bühne. Dieser neue Gestaltungsanspruch in der Weltordnung ist Ausdruck der Klassenkämpfe im globalen Süden und des Niedergangs des herrschenden Imperialismus.

Anfang der 2000er wurde noch der Prozess gegen den ehemaligen jugoslawischen Staatspräsidenten Slobodan Milošević vor dem Internationalen Strafgerichtshof geführt – ein Symbol für die selektive Justiz des Globalen Nordens. Nicht einmal 20 Jahre später reichte Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof Klage gegen Israel wegen des Völkermords an der

palästinensischen Bevölkerung ein. Dass sich zahlreiche Staaten – insbesondere aus dem Globalen Süden – der Klage Südafrikas angeschlossen haben, markiert einen Wendepunkt: Die internationalen Institutionen werden von jenen angeeignet, die sie lange als Unterdrückungsinstrumente ertragen mussten.

Imperialismuskrise als Chance

Die aufkommende Multipolarität birgt Hoffnung für das internationale Proletariat. Sie zeigt, dass ein Großteil der Weltbevölkerung nicht mehr dazu bereit ist, die vormals unangefochtene ökonomische und geopolitische Vormachtstellung der USA hinzunehmen. Deutlich wird dies nicht nur anhand der Klage Südafrikas vor dem IGH, sondern auch durch die Ablehnung von Sanktionen gegen Kuba und sogar gegen Russland, aber besonders in der Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung vonseiten der BRICS+ Staaten. Doch es wäre trügerisch zu glauben, die BRICS+ Staaten würden unsere Befreiung übernehmen. Die aktuellen Umwälzungen sind nicht mehr als das Ergebnis einer tiefgreifenden globalen Kapitalismuskrise. Sie birgt somit das Potential für grundlegende

gesellschaftliche Umwälzungen. Schon Marx fieberte der ersten Weltmarktkrise entgegen und erhoffte sich davon in einem Brief an Friedrich Engels im Dezember 1857 die revolutionäre »Sintflut«.

Die gegenwärtige Krise zeigt uns, dass der Kapitalismus im Inbegriff ist, sich selbst in den Abgrund zu stürzen. Spätestens seit der globalen Finanzkrise wird immer deutlicher: Für unsere Klasse gibt es in diesem System nichts zu gewinnen, außer den Sozialismus. Es liegt an uns, unsere Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und eine neue Welt zu gestalten, das heißt, sie zu erkämpfen.

Es rettet uns kein höheres Wesen!

Wir dürfen uns deshalb in der kernimperialistischen Bundesrepublik nicht von den Ohnmachts- und Alternativlosigkeitserzählungen der Herrschenden täuschen lassen. Ebenso wenig sollten wir einfach darauf hoffen, dass es die Initiativen aus den BRICS+ Staaten für uns richten werden. Die lange Geschichte der Klassenkämpfe lehrt uns, dass die einzige Alternative zu Unterdrückung, Krieg und Umwelterstörung die Überwindung der Klassenverhält-

nisse sein muss und sein wird. Das kann uns nur gelingen, wenn wir uns als Teil der antiimperialistischen Bewegungen aus dem Globalen Süden begreifen. Die gegenwärtige Krise lässt immer rasanter und deutlicher die tiefe Widersprüchlichkeit des Kapitalismus aufklaffen. Es gilt, sich genau in diese Widersprüche zu stürzen, den Kampf gegen unsere eigenen Unterdrücker aufzunehmen und hierzulande laut, entschlossen und positiv-bestimmt für ein Ende der Kriegsvorbereitungen und der Ausbeutung durch das Monopolkapital zu kämpfen. In der sich zuspitzenden Krise, müssen wir genauso optimistisch wie Marx in die Zukunft blicken und freudvoll die Verhältnisse zum tanzen bringen wollen. Hierfür reichen wir unseren Klassengeschwistern weltweit die Hand und erstreiten Schulter an Schulter eine Welt des Friedens, der internationalen Solidarität und sozialen Gerechtigkeit. ★

ARI (26) studiert Kulturanthropologie und Wissenschaftsgeschichte in Frankfurt am Main und ist seit 2022 im SDS-Bundesvorstand. Sie vermisst die stundenlangen Reden vom Comandante en Jefe Fidel Castro Ruz bei der UN.



KLASSENLITERATUR ALS WAFFE: DER BUND PROLETARISCH- REVOLUTIONÄRER SCHRIFTSTELLER

Vom BPRS bis heute: Wie proletarische Literatur als Motor für politische Veränderung diente – und es weiterhin tut.

»Unser Bund ist vor allem die praktische Feststellung, der lebendige Beweis dafür, daß es eine proletarisch-revolutionäre Literatur gibt (...), von ihr hoffen wir, dass sie die schärfste und brauchbarste künstlerisch-literarische Waffe sein wird im Klassenkampf. (...) Wer nur auf fertige Resultate setzt, der beweist damit schlagend, dass er von einem Werden und einer Entwicklung nichts versteht. Die Literatur von unten muß nicht erwartet werden, sie muß angeregt und sorgsam gepflegt werden.« – Johannes R. Becher, *Unser Bund* (1929)

Inspiziert von der Russischen Assoziation proletarischer Schriftsteller (RAPP) formierte sich am 19. Oktober 1928 die erste Organisation sozialistischer Schriftsteller in Deutschland: der Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (BPRS). Viele der Beteiligten sind bis heute bekannt – Anna Seghers, Ludwig Renn, Johannes R.

Becher, Andor Gábor oder auch Georg Lukács. Der revolutionäre Aufbruch jener Zeit (um die KPD) stellte nicht nur die Machtfrage, sondern auch die Frage nach einer kulturellen Alternative zur Bewusstseinsentwicklung der arbeitenden Klasse.

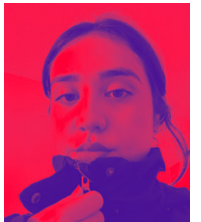
Eine Antwort der literarischen Intelligenz bestand darin, den Fehlschluss zu entlarven, mit bürgerlichen Formaten eine proletarische Literatur entwickeln zu können – eine Forderung, die die KPD anfangs vertreten hatte. Stattdessen formulierte der BPRS die Notwendigkeit, die sogenannte »reine Kunst« zu überwinden und eine eigenständige Klassenliteratur zu schaffen. Der Bund strebte keine bloß operative Literatur an, sondern erwartete mehr von seinen Lesern: Diese sollten Position beziehen, sich angesprochen fühlen und ihr dadurch angeregtes Bewusstsein in Aktion umsetzen.

Mit der Weiterentwicklung des Buch- und Zeitungsdrucks gelang dem BPRS ein Umschwung in der literarischen Welt: Literatur wurde demokratisiert – vom Produktionsprozess bis zur Leserschaft. Das Zeitungsorgan des BPRS, *Linkskurve*, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, denjenigen Stimmen Gehör zu verschaffen, die sonst von den Maschinen in den Fabriken übertönt worden wären. Besonders bemerkenswert war dabei die Auslebung der internationalen Solidarität in Kunst und Literatur. Durch die Korrespondenz mit internationalen fortschrittlichen Schriftstellerorganisationen – wie etwa der League of American Writers, die sich anfangs als CPUSA (Communist Party of the United States of America)-nahes Bündnis verstand – wurde eine globale Zusammenarbeit gefördert. Die jeweiligen Zeitungsorgane dienten dazu, Gedichte zu übersetzen, theoretische Auseinandersetzungen zu internatio-

nalisieren und sich gegenseitig materiell zu unterstützen.

Durch die Machtübernahme der NSDAP kam es zum Zerfall des BPRS, doch der Kampf für eine proletarische Literatur überlebte bis heute. Entgegen postmoderner Logiken zeichnet sich die Präsenz einer neuen Klassenliteratur ab, wie uns Mesut Bayraktar oder Olivier David zeigen. Es wird deutlich: Damals wie heute stehen Literaten und Künstler vor der Herausforderung, zur Befreiung und Emanzipation der Menschheit beizutragen. ★

NEVRUZ studiert in Frankfurt am Main Amerikanistik und ist überzeugt, dass wir aus dem sozialistischen Realismus mehr schöpfen könnten als man denkt.



MEHR ROSA LUXEMBURG WAGEN

Bericht von der Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK) in Berlin



Wie gefährlich ist der Imperialismus? Damit befassten sich am 11.01. über 3000 Teilnehmer und 20.000 Zuschauer der RLK. Sie wird seit 1996 von der jungen Welt organisiert. Kernthema war der Abstieg der NATO und Aufstieg der BRICS+. Solidarität mit den „Verdammten dieser Erde“, von Gaza bis Kuba, wurde in der Friedensmanifestation bestärkt.

Clare Daly sah den Völkermord in Gaza als „imperialistisches Laboratorium der Barbarei“. Dietmar Dath analysierte KI als Versuch, das Koordinationsmonopol der Produktion zu erlangen. Peter Mertens kritisierte den EU-Militarismus dafür, Spannungen auf Kosten der Sozial- und Umweltinvestitionen zu bearbeiten. Er

forderte Disziplin und Selbstbewusstsein („Speak up optimistic!“) für den Aufbau linker Projekte.

Wie wird man friedens- statt kriegstüchtig? Ulrike Eifler nannte Gewerkschaften und Linke als Akteure gegen die Zeitenwende, die ein Frontalangriff auf die Arbeiterklasse sei. Marc Ellmann forderte eine Analyse im Kampf gegen den militärisch-reaktionären Umbau. Petra Erler verlangte, die Eskalationsspirale zu beenden und die Friedensfinalität im GG zu verwirklichen. Ein Aktivist von Rheinmetall entwarf einen konsequenten Vorgehen gegen Rüstungskonzerne. Der Hauptfeind stehe im eigenen Land. ★

Mehr Infos: www.jungewelt.de/rlk



EINBLICKE AUS DER „TALKING ABOUT (THE SILENCING OF) PALESTINE“ KONFERENZ

Am 16. und 17. Januar organisierten Studierende und Dozierende der Frankfurter Goethe-Uni die Konferenz »Talking about (the Silencing) of Palestine« mit über 1000 Anmeldungen. Trotz verweigerter Hörsaalbuchung durch die Unileitung fand die Konferenz in selbstorganisierten Räumen statt. Eine Schlüsselfrage war das Verhältnis von Aktivismus und Forschung. Herrschaftskritische Diskurse, insbesondere zu dekolonialen Theorien, werden oft als aktivistisch abgetan, um ihre Wissenschaftlichkeit infragezustellen. Doch dem widersprachen Professor*innen auf der Konferenz: Forschung zu marginalisierten Gruppen, die herrschenden Narrativen widersprechen, hat zwangsläufig progressiven Charakter. Denn wo die Wahrheit unter Strafe steht, wird Wissenschaft selbst zur politischen Handlung.

Ebenso wurde die Rolle der Studierenden hervorgehoben. So waren sie es, die 60 internationale Forscher*innen mit Expertise zur Geschichte Palästinas, der Holocaust- und Genozidforschung sowie der Rassismus und Antisemitismusforschung zusammenbrachten. Unter ihnen die vertriebene palästinensische

Ärztin und Forscherin Dr. Ghada Karmi, die ebenso Augenzeugin der Nakba war und verdeutlichte: »Wir machen uns etwas vor, wenn wir glauben, dass ein Waffenstillstand hier, ein Abkommen dort viel bewirken wird. [Es kann] keine realisierbare Zukunft in Würde und Menschlichkeit für Palästinenser*innen und die Bevölkerung im Nahen Osten geben...solange die israelische Regierung und ihre Ideologie der Überlegenheit so fortbestehen.« Solche Perspektiven, die Betroffenheit, historische Erkenntnis und Realismus mit humanistischem Anspruch vereinen, sind unverzichtbar für den wissenschaftlichen Diskurs. Eine Notwendigkeit, die sich nach Jahrzehnten der Vertreibung, Gewalt, Entrechtung und Apartheid umso dringlicher stellt. ★

ALADIN (30) studiert Wirtschaftspädagogik, arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft und ist aktiv bei S4P Frankfurt am Main.



Lösungen für das Kreuzworträtsel:

1: Weisse Rose, 2: No Pasaran, 3: Rote Hilfe, 4: Nazifrei, 5: Flick, 6: Clara Zetkin, 7: Bejerano, 8: Bella Ciao, 9: Ernst Thaelmann, 10: Resistance



SOZIALISTISCH-DEMOKRATISCHER STUDIERENDENVERBAND

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN

Die Linke.SDS ist der größte sozialistische Studierendenverband Deutschlands. Wir sind an über 60 Hochschulen bundesweit organisiert und laden Dich herzlich ein, mit uns gemeinsam die Hochschulen und die Welt zu verändern!

Die globalen Auseinandersetzungen werden immer brutaler und auch die Klimakrise betrifft uns mittlerweile in Deutschland ganz akut – der Kapitalismus kann als System nur versagen. Rüstungshaushalt und Inflationskrise haben die soziale Lage von Studierenden verschärft und treiben immer mehr von uns an die Armutsgrenze. Und während sich Konzerne die Taschen voll machen, sollen wir wieder in den Krieg geschickt werden, um ihre Profite zu sichern. Nachdem die Bundesregierung mal eben 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Aufrüstung locker machte, wird uns noch immer erzählt, für Bildung, Verkehrswende und Soziales sei kein Geld da. Während wir mit Arbeitnehmer*innen für höhere Löhne streiken, fordern Arbeitgeber*innen die Beschränkung dieses Grundrechtes.

Dem stellen wir uns gemeinsam entgegen und kämpfen für eine bessere Zukunft. Die Veränderung muss im Hier und Jetzt beginnen – wir brauchen einen gesellschaftlichen Wandel, um ein ökologisches und soziales Desaster zu verhindern. Darum organisieren wir Aktionen und Proteste, unterstützen Streiks und Arbeitskämpfe, bilden und vernetzen uns. Eine solidarische Gesellschaft können wir nur gemeinsam erkämpfen.

Dafür braucht es eine starke sozialistische Stimme an den Hochschulen, den Kampf um die Wissenschaften, in der Gesellschaft und vor allem braucht es jede und jeden Einzelne*n. Schau' gerne auf unserer Homepage vorbei, folg' uns auf Social Media, komm' zu einem der Plena unserer Lokalgruppen und mach mit. Wir freuen uns auf Dich!

INSTAGRAM

@dielinke.sds
@critica.zeitung

TWITTER

@linkesds
@critica_zeitung

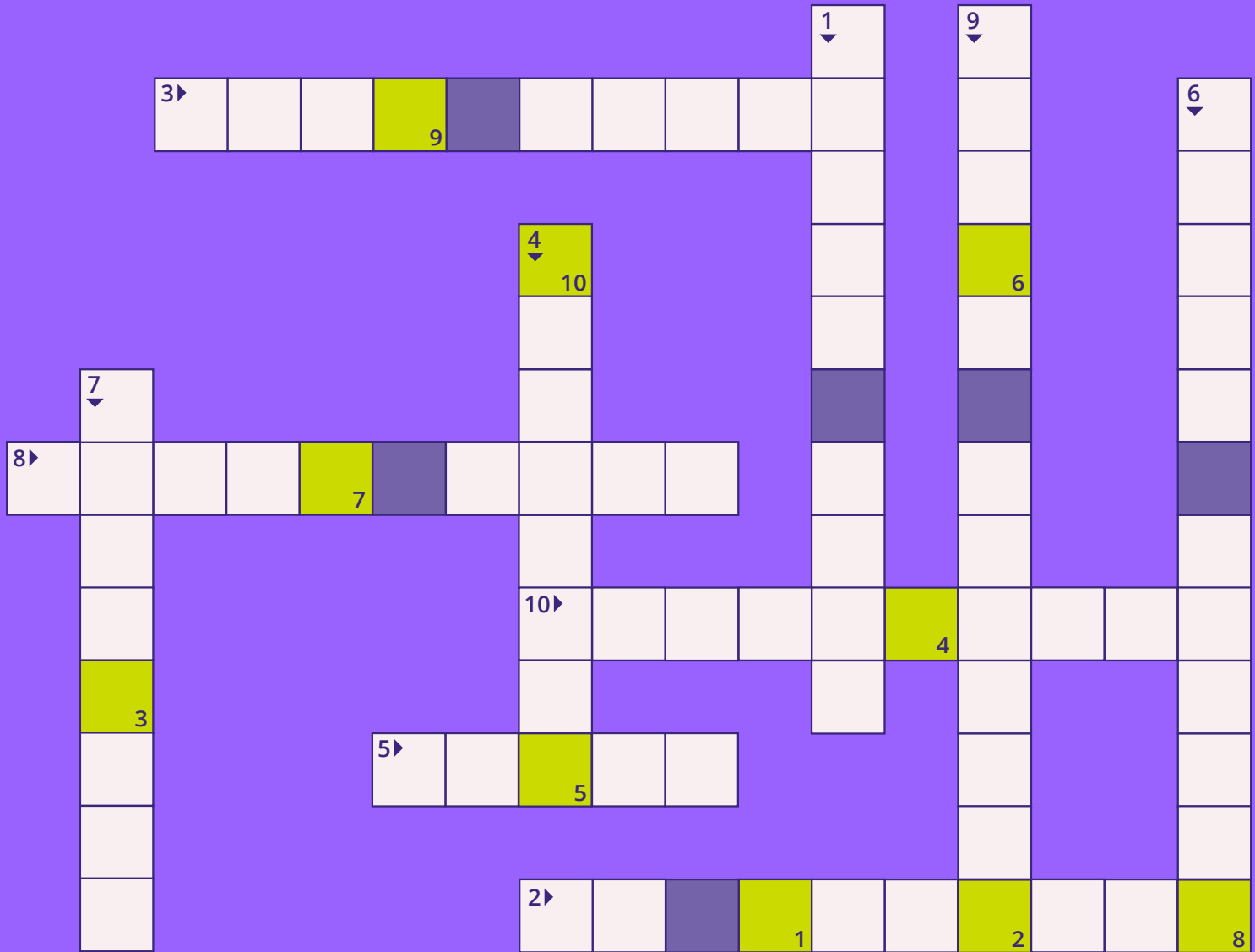
WEBSITE

www.linke-sds.org
www.critica-zeitung.de

SO ERREICHST DU UNS

info@linke-sds.org
030 / 24009134

CRITICROSS



- | | |
|---|--|
| <p>1 studentische Widerstandsgruppe in Nazi-Deutschland, ein bekanntes Mitglied: Sophie Scholl</p> <p>2 Ausruf der Revolutionärin Dolores Ibarruri im spanischen Bürgerkrieg</p> <p>3 Verein der seit 100 Jahren linke politische Aktivist:innen gegen Repressionen unterstützen</p> <p>4 Bündnis zur massenhaften Blockade des Naziaufmarsches anlässlich der Bombardierung Dresdens nach Ende des 2. Weltkriegs: „DRESDEN ...“</p> <p>5 dt. Unternehmer, unterstützte die Prozesse die flächendeckende Enteignung jüdischer Unternehmer (Arisierung) zu ermöglichen: „Friedrich ...“</p> | <p>6 deutsche Sozialistin, die schon früh vor den Gefahren des Faschismus warnte, Mitbegründerin des internationalen Frauentags</p> <p>7 Nachname der Überlebenden vom Vernichtungslager Auschwitz, des KZ Ravensbrück und dem Todesmarsch, von ihr stammt das Zitat: „Wer gegen Nazis kämpft kann sich auf den Staat nicht verlassen“</p> <p>8 italienisches Partisanenlied</p> <p>9 Vorsitzender der KPD (1923-1933) verlassen“</p> <p>10 Sammelbegriff für französische, belgische und luxemburgische Bewegungen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus</p> |
|---|--|

Lösungswort:



Lösungen findest du auf Seite 19